

Nach vierwöchigem Verbot!

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferungen infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: 77 Jannowitz 9906. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 275 B

BERLIN • Dienstag, den 20. Dezember 1932

1. JAHRGANG

Sabotageakte an der Amnestie.

AUS DEM INHALT:

Der neue Kurs — die alte Diktatur.
Stabilisierung des Hungers in Deutschland.
Deutsche Kriegsschuldige.
Weltkrieg auf Abzählung.
Eduard Bernstein.
Trotzki über Lenin.

Macht und Recht.

Von Willi Eichler.

Mit der vorliegenden Nummer ist es uns wieder erlaubt nach außen hin und weit vernehmbar unsere Meinung über die politische Lage zu sagen. Wir hatten selbstverständlich gegen das Verbot des „Funken“, das der Berliner Polizeipräsident auf Hochverratsparagrafen und Republikenschutz-Gesetz stützte sowie auf die Behauptung, der Reichspräsident sei in dem beanstandeten Artikel böswillig verächtlich gemacht und beschimpft und beleidigt worden, Beschwerde eingelegt.

Diese Beschwerde hat den Polizeipräsidenten überhaupt nicht zu belehren vermocht; Herrn von Gayl hat sie wenigstens so weit überzeugt, daß er, der überzeugte Monarchist und damals noch amtierende Reichsminister des Innern der Republik, es nicht mehr als Hochverrat auffaßte, wenn Republikaner sich Sorge machen um den Bestand der deutschen Republik. Die Herren vom Reichsgericht hatten an der Verbotspraxis des Berliner Polizeichefs nichts auszusetzen — vom Hochverrat redeten sie allerdings auch nicht mehr.

Die Zustimmung unserer politischen Freunde und Leser gerade zu dem beanstandeten Artikel und die Verhängung der höchsten Verbotsdauer durch die herrschenden Gewalten scheinen uns in einem nicht unerheblichen Zusammenhang zu stehen. Unsere Leser wissen, daß wir es aus vielen Gründen ablehnen, führende Politiker und andere Menschen böswillig verächtlich zu machen oder zu beleidigen. Aber auch wenn man diesem selbstverständlichen Grundsatz huldigt, bleibt die Wahrheit oft so aufdringlich, daß ihre Mitteilung aufreizend wirkt. Dafür können wir nichts. Da es aber im politischen Leben wenigstens der Klassengesellschaft nicht danach geht, was Wahrheit und Recht ist, sondern wer die Macht hat, so bleibt uns bis auf weiteres nur übrig, unsere Freunde und Leser zu bitten; die politischen Äußerungen im „Funken“ in Zukunft noch sorgfältiger zu lesen, weil wir sie „in jener verfluchten Sprache“ äußern müssen, zu der eine Diktatur jeden nötigt, der sich gegen sie wendet.

Der Hauptanlaß unseres Alarmrufs vor vier Wochen waren die freundschaftlichen Verhandlungen des Reichspräsidenten mit Hitler, die Eingriffe des Reichspräsidenten in die Preußenverfassung und das Verbot öffentlicher politischer Veranstaltungen auf Monate hinaus — alles an einem Tage! Die politische Gefahr ist nicht geringer geworden dadurch, daß Herr von Schleicher Reichskanzler geworden ist. Das Gute ist zwar, daß er selber nun im vollen Rampenlicht auf der politischen Bühne steht und daß über verfehlte Maßnahmen der Reichsregierung dann nicht mehr ein vorgeschobener Mann stürzt, sondern er selber. Das hat andererseits die politische Gefahr, daß er nun auch einem Sturz der Regierung mehr Hindernisse entgegenzusetzen wird als bisher. Wovon er diesen Sturz für möglich hält, hat er selber deutlich erklärt: die kom-

Das Spiel mit den politischen Gefangenen.

Neuerdings hat auch die württembergische Regierung beschlossen, im Reichsrat gegen die vom Reichstag angenommene Amnestie Einspruch zu erheben. Bisher ist der Protest der Länder Bayern, Baden und Württemberg zu erwarten. Die fragliche Reichsrats-Sitzung ist am Dienstag. Da auch mehrere deutsch-nationale Vertreter preußischer Provinzen gegen die Amnestie stimmen werden, muß man mit einem Einspruch des Reichsrats rechnen.

Verfassungsmäßigen Ablauf der Angelegenheit vorausgesetzt, müßte dann der Reichstag nochmals zur Amnestie Stellung nehmen. Eine Frist für diese Stellungnahme ist jedoch nicht vorgeschrieben. Wenn der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit erneut seine Amnestiebeschlüsse beschließt, so hat der Reichspräsident binnen drei Monaten das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu verkünden oder hierüber einen Volksentscheid anzuordnen. Es ist also noch eine ausgedehnte Verschiebungsmöglichkeit vorhanden.

Die Amnestie ist gewiß mangelhaft, und eine in der Tagespolitik vereint schlagende Arbeiterschaft hätte eine Macht aufbieten können, die sich mit den Ausnahmebestimmungen gegen Kommunisten — ausgenommen von der Amnestie ist z. B. die sogenannte „Zer-

setzung“ von Reichswehr und Polizei — nicht abgefunden hätte. Tausenden politischen Gefangenen aber, meist linksstehenden Arbeitern, würde sie die Freiheit wiedergeben. Eine sinnlose Quälerei dieser Tausende wäre es, die Amnestie zunächst zu beschließen und sie hinterher zu sabotieren. Deswegen:

Heraus mit den Verurteilten!



Paul-Boncour, der Nachfolger Herriots

Paul-Boncour, der bisherige französische Kriegsminister, hat dem Staatspräsidenten Lebrun am Sonntagabend sein neu gebildetes Kabinett vorgestellt:

Ministerpräsident und Auswärtiges: Paul-Boncour (parteilos).

Innenministerium: Chauteemps (Rad. Soz.).

Justizministerium: Abel-Gardey (Rad. Soz.).

Kriegsministerium: Daladier (Rad. Soz.).

Kriegsmarineministerium: Leygues (Linksrepublikaner).

Luftfahrtministerium: Painlevé (republikan. Soz.).

Kolonialministerium: Sarraut (Rad. Soz.).

Finanzen und Haushalt: Chéron (Republik. Union)*.

Arbeitsministerium: Dalimier (Rad. Soz.).

Handelsmarineministerium: Léon Meyer (Rad. Soz.).

munistische Parteiarbeit mit allen Mitteln zu erschweren, hält er für eine seiner vornehmsten Aufgaben. Was er auf diesem Gebiet plant, auch ohne ein ausdrückliches Verbot, sagen wir an anderer Stelle der heutigen Nummer; auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm Schleichers wird dort erörtert.

Die Machtmittel der Reaktion konzentrieren sich immer mehr. In dem Maße, wie ihre ökonomische Uebermacht ins Wanken gerät, häuft sie die äußeren Machtmittel zu ihrer Verteidigung:

Wir erlebten vor kurzem folgendes Beispiel: Der Reichspräsident ein General, der Reichskanzler ein General, der Alterspräsident des Reichstags ein General.

Gegenüber dieser Konzentration fehlt leider, obwohl es die materialistische „Dialektik“ erforderte, die Konzentration auf Seiten der Arbeiterschaft. Ihr zu dienen, ist heute oberstes Gebot sozialistischer Politik.

Unterrichtsministerium: de Monzie (demokr. Linke),
Wohlfahrtsministerium: Daniélou (Rad. Linke)*,
Postministerium: Laurent Eynac (Rad. Linke)*,
Öffentliche Arbeiten: George Bonnet (Rad. Soz.)*,
Landwirtschaftsministerium: Queuille (Rad. Soz.),
Handelsministerium: Julien Durand (Rad. Soz.),
Pensionsministerium: Miellot (?)*.

Fast alle Mitglieder waren schon im Kabinett Herriot. Ausnahmen bilden hier nur die fünf in der Liste durch einen Stern bezeichneten Minister. Von diesen ist vor allem Bonnet bekannt, der Vorsitzender der Konferenz von Stresa gewesen ist. Von Bedeutung ist ferner die Ernennung Chéron zum Finanz- und Haushaltsminister. Die Besetzung dieses Amtes hat Paul-Boncour große Schwierigkeiten bereitet, da einerseits neue Mittel zur Ausgleichung des Budgets gefunden werden müssen, andererseits die Gewerkschaften scharf gegen die von dem bisherigen Finanzminister vorgesehene Kürzung der Beamtgehälter protestiert haben. Chéron hat sich schon 1928 in der Regierung Poincaré und 1930 in der Regierung Steeg als „Sparminister“ bestätigt. Ihm wird Rist, der bekannte Vertrauensmann der Bank von Frankreich, als Berater zur Seite gestellt werden, der erst kürzlich von der rumänischen Regierung drastische Sparmaßnahmen, auch in bezug auf Beamtgehälter, gefördert hat. Wenn Paul-Boncour den Sozialisten zugesagt hat, daß seine Regierung die Finanzpläne der Regierung Herriot fallen lassen würde, so ist doch angesichts der jetzigen Besetzung des Finanzministeriums zu befürchten, daß die neuen Pläne nicht viel besser sein werden.

Paul-Boncour hatte den Plan, die „Einigung der Linken“ zustandezubringen, d. h. eine Koalition, die von den Sozialisten bis zu den Parteien der linken Mitte reicht. Er hat sich deshalb mit seinen ehemaligen Parteifreunden, den Führern des rechten Flügels der SP, in Verbindung gesetzt, die für eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung sind. Da Paul-Boncour sich aber nicht bereit erklärte, alle Teile des sozialistischen Programms durchzuführen, ist die Einigung nicht zustande gekommen. Die Sozialisten wollen die neue Regierung jedoch unterstützen.

Die neue französische Regierung, die sich am Donnerstag der Kammer vorstellen wird, hat in der Presse eine freundliche Aufnahme gefunden. Nur vom „Echo de Paris“ wird das Kabinett sehr scharf angegriffen.



Weltkrieg auf Abzahlung.

Der Kampf um die Rate vom 15. Dezember.

In Frankreich: Eine Frage der Innenpolitik.

K. M. Der Kampf um die Frage, ob die französische Regierung am 15. Dezember die fällige Schuldentrate an Amerika zahlen sollte, wurde in erster Linie nicht zwischen der französischen und amerikanischen Regierung ausgefochten, sondern zwischen der französischen Regierung und der Kammer.

Die Regierung will zahlen.

Herriot hat für seine Befürwortung der Zahlungsleistung folgende Gründe angegeben:

1. Frankreich hat seine Unterschrift unter den Vertrag der Schuldentrate gesetzt, und seine Ehre verlangt, daß es den Vertrag einhält — insbesondere, da es sich um eine Summe handelt, deren Ueberweisung gar keine Gefahr darstellen würde. 2. Frankreichs Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und vielleicht auch zu England werden sich verschlechtern, wenn Frankreich den Vertrag bricht. 3. Den Franzosen könnte leicht von ihren Schuldner eine ähnliche Behandlung zu Teil werden, wie sie sie den Amerikanern zukommen lassen, wenn sie nicht zahlen.

Diese Gründe sind alle nicht ohne weiteres zu verwerfen. Wer den bisherigen französischen Ministerpräsidenten kennt und mit der Geschichte seiner Partei vertraut ist, wird sogar glauben, daß es Herriot auch um die Gründe ernst ist, die von dem Vorteil Frankreichs unabhängig sind.

Die Opposition der Kammer.

Dagegen hat die Kammer geltend gemacht, daß die Kriegsschulden aufs engste mit den Reparationen verknüpft seien und daß das Fortfallen der Reparationsleistungen im wesentlichen eine Folge des Eingreifens der amerikanischen Regierung sei. Ferner wurde die Ansicht vertreten, daß die Amerikaner diese Verknüpfung selber anerkannt hätten und daß die Zahlung der Kriegsschulden in der Nachkriegszeit die Weltwirtschaft erheblich in Unordnung gebracht habe und weiter in Unordnung bringen würde, wenn die Zahlungen fortgesetzt würden.

Wenn diese Argumente ernst gemeint wären, dann wären die meisten von ihnen auch da schon am Platz gewesen, wo es sich um Schuldentrate an Frankreich gehandelt hat. Niemand glaubt im Ernst, daß die jetzige Zahlung von 19 Millionen Dollar, das sind 500 Millionen Papierfrancs oder etwa 80 Millionen Mark, in Frankreich erhebliches Unheil anrichten würde. Für die Zukunft hatte Herriot selber eine Neuordnung verlangt, die die Vereinigten Staaten auch zugesagt haben.

Welches waren die wirklichen Beweggründe, aus denen nicht nur die reaktionären Parteien, sondern auch SP und KP gegen die Regierung stimmten?

Bei allen spielte gewiß die Sorge um die Wähler eine Rolle, die einer genauen Abwägung der Rechtslage unfähig sind und besonders in Frankreich dazu neigen, alles abzulehnen, was mit der Zahlung von Geld an einen Fremden etwas zu tun hat. Außerdem haben die zahlreichen royalistischen und faschistischen Studenten-Demonstrationen vor der Kammer gezeigt, daß die reaktionären Parteien die Frage der Schuldentrate für ihre nationalistische Propaganda ausnützen wollten. Ueberhaupt ist ihnen jede Gelegenheit, die Regierung zu stürzen, willkommen.

Was trieb aber die Sozialisten dazu, gegen die Regierung Stellung zu nehmen? Manche Abgeordnete haben gewiß gehofft, im Falle des Sturzes von Herriot selber ans Ruder zu kommen. Ferner kam für viele sozialistische Abgeordnete die Verärgerung über das von der Regierung ausgearbeitete Budget hinzu, das bei den Gewerkschaften auf schärfsten Widerstand gestoßen war und über kurz oder lang eine Tolerierung Herriots durch die Sozialisten unmöglich gemacht hatte.

Die Heiligkeit der Verträge.

Es ist offensichtlich, daß die Argumentation Herriots in dieser Frage richtig, die der Kammermehrheit, der es ja auch auf die Argumente gar nicht ankam, falsch sind.

Der Hauptgrund, aus dem die Verhandlungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten nicht vorangekommen sind, ist, daß die gegenwärtige dortige Regierung sich infolge der amerikanischen Spielregeln der Demokratie nur als eine zur Fortführung der Geschäfte bestehende Einrichtung ansieht und alle Verantwortung dem neuen Präsidenten und seinen Gefolgsleuten zuschieben möchte. Niemand zweifelt im Ernst daran, daß jene neue Regierung auf eine Neuordnung der Schuldverhältnisse eingehen wird. Solange nicht feststeht, was bei dieser Neuordnung herauskommt, gilt der alte Vertrag. Die Zahlung von 19 Millionen Dollar hätte niemand geschadet. (Wo man 15 Milliarden Francs für den nächsten Krieg ausgiebt, kann man noch eine halbe Milliarde für den vergangenen aufbringen.) In diesem Fall verlangt das Recht die Einhaltung der Verträge.

Keine andere Regierung hat so wie die französische den Forderungen der deutschen Regierung stets den Grundsatz der Heiligkeit der Verträge entgegengestellt. Kein Wunder, daß die deutschen Hüter der Reaktion jetzt frohlocken, da Frankreich selber diesem Grundsatz ins Gesicht schlägt.

In England: Eine Frage der Außenpolitik.

Die britische Regierung hatte in der Frage, ob sie die an Amerika fällige Schuldentrate zahlen sollte, nicht wie die französische Regierung mit der Stimmung unter den Wählern zu rechnen, nicht mit Kleinrentnern, die jedem Groschen, der das Land verläßt, heiße Tränen nachsenden und auch nicht mit Parteien, die auf eine Gelegenheit warten, die Regierung zu stürzen. Die britische Regierung brauchte sich nur um die außenpolitische Seite der Frage zu kümmern.

Die britische Regierung hat, ebenso wie die französische, in Washington Zahlungsschub beantragt, und sie hat später, nachdem die amerikanische Regierung diesen abgelehnt hatte, versucht, gewisse Bedingungen an die Leistung der Zahlung zu knüpfen. Aber sie hat auf diesen Forderungen nicht bestanden, nachdem die amerikanische Regierung sie zurückgewiesen hatte.

Der Grund dafür, daß sich die britische Regierung den amerikanischen Forderungen gefügt hat, ist nicht zuletzt der, daß diese von Großbritannien eingegangenen Verpflichtungen

entsprachen. Das spricht allerdings nicht unbedingt für die rechtliche Gesinnung der englischen Regierung. Denn die Achtung der Verträge war für sie aus verschiedenen Gründen schon durch die politische Klugheit geboten. Erstens stärkt die jetzige Haltung der britischen Regierung deren Stellung in den bevorstehenden Schuldverhandlungen, die ja die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Note vom 23. November zugesagt hat. Zweitens nimmt die britische Regierung dadurch, daß sie selber ihre Verpflichtungen einhält, ihren Gläubigern ein Argument für die Verletzung der bestehenden Schuldenverpflichtungen. Drittens ist die Zahlung, selbst abgesehen von diesen Gründen, für England eine Prestigefrage.

Aus diesen Gründen wäre eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und England schon ohne einen so reichhaltigen Notenaustausch, wie er stattgefunden hat, erfolgt, wenn England sich nicht in die gezeigte Front der Schuldnerländer eingereiht hätte. Das Gentleman-Abkommen von Lausanne und die seither zwischen MacDonald und Herriot immer wieder angebaute französisch-englische Zusammenarbeit hat die britische Regierung dazu veranlaßt, Amerika gegenüber gemeinsam mit Frankreich vorzugehen. Diese Stellung gab die britische Regierung erst auf, als Herriot gestürzt und damit die französische Zahlungsverweigerung besiegelt wurde. Zur großen Freude der britischen Reaktion — vor allem der Kreise, die noch weiter rechts stehen als MacDonald — besteht jetzt alle Aussicht auf eine Vorzugstellung Englands gegenüber Amerika, wie England sie nie genossen hätte, wenn Frankreich der Dritte im Bunde gewesen wäre; denn ein fester Block mit England, das sich, wie die USA, den innereuropäischen Streitigkeiten gern fernhält, war schon lange ein Ziel der amerikanischen Politik.

Dem amerikanisch-britischen Block steht Frankreich nun in einer Lage gegenüber, in der sich Deutschland seit Auf-

gabe der Reparationszahlungen Frankreich gegenüber befindet: als Schuldner, der nicht bezahlt hat. All die französischen Ministerreden und Leitartikel, in denen viele richtige Argumente gegen die Haltung der deutschen Regierung in der Frage der Reparationen enthalten waren, können nun auf Frankreich angewandt werden. Vielleicht wächst dadurch die Möglichkeit einer deutsch-französischen Annäherung, vielleicht entsteht aber auch gerade auf französischer Seite die Ansicht, daß die unangenehmere Lage, in der sich Frankreich befindet, doch letzten Endes auf die Zahlungsverweigerung der deutschen Regierung zurückzuführen ist. Sicher ist jedenfalls — das hat sich auch schon in Genf gezeigt — daß die Wirkung der französischen Zahlungsverweigerung weit über den Rahmen des Schuldenproblems eine Wirkung auf die Machtverteilung in den internationalen Verhandlungen haben wird.

Präsident Hoover will Frankreich anscheinend noch eine Chance geben, seine Schuldenverpflichtungen zu erfüllen: Er hat in einer einstündigen Besprechung mit Schatzamtssekretär Mills beschlossen, Frankreich eine Revision der Schulden zuzubilligen, falls es die Dezember-Rate nachträglich bezahlt. Die Regierung hat dem französischen Botschafter Claudel diesen Beschluß mitgeteilt. Die Haltung Hoovers wird in weiten Kreisen als eine Kapitulation vor dem französischen Vorgehen angesehen.

Es ist möglich, daß die französische Kammer, der ja in der entscheidenden Debatte durch die Unnachgiebigkeit Hoovers ein Rückzug erschwert worden ist, auf das Angebot Hoovers eingehen wird.

Wer hat am 15. Dezember gezahlt?

Bilanz der Kriegsschuldentrate.

Am 15. Dezember sind in Washington die fälligen Schuldentrate von England, Italien, Finnland, Lettland, Litauen und der Tschechoslowakei eingegangen, insgesamt 99 Millionen Dollar, von denen England 95,5 Millionen bezahlt hat. Nicht gezahlt haben Frankreich, Belgien, Polen, Estland und Ungarn, deren Zahlungsverpflichtungen sich auf rund 26 Millionen Dollar belaufen.

Der Streit um die Gleichberechtigung.

Erst vor gut einer Woche ist in Genf die Formel unterzeichnet worden, auf Grund deren Deutschland die Mitarbeit in der Abrüstungskonferenz wieder aufnehmen wird, und schon jetzt ist der Streit über die Bedeutung der Einigungsformel in vollem Gang. Halbamtliche französische und deutsche Noten streiten mit einander, in erster Linie darüber, was nun eigentlich in bezug auf die Revision des Abschnitts V des Versailler Vertrags ausgemacht worden sei.

In der Einigungsformel vom 11. Dezember ist der dahingehende deutsche Anspruch berücksichtigt worden, obwohl er kurz vorher in dem Einigungsangebot Herriots noch keine Erwähnung fand. Am 11. Dezember hieß es, im Anschluß an die Anerkennung der Gleichberechtigung als eines Grundsatzes der Abrüstungskonferenz:

„Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbegrenzungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen.“

Der Streit um die Bedeutung dieses Zugeständnisses knüpft bemerkenswerter Weise an die Frage an, was geschehen soll, wenn das „in Aussicht genommene“ Abkommen nicht, oder jedenfalls noch für längere Zeit nicht zustande kommt. Bleibt dann — gemäß der französischen Interpretation — der Versailler Vertrag in Kraft, oder ist — wie von deutscher Seite vertreten wird — mit der grundsätzlich anerkannten Gleichberechtigung für Deutschland und die anderen entwaffneten Staaten die bisherige Bindung an die Sonderbestimmungen der Friedensverträge ein für alle Mal als unhaltbar hingestellt worden?

Auch der alte deutsch-französische Streit um das Verhältnis von Gleichberechtigung und Sicherheit findet in der Genfer Formel neue Nahrung. Die Gleichberechtigung soll gewährt werden, „in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet“; die Bereitschaft der unterzeichnenden Staaten, noch einmal feierlich zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen gegenwärtige oder künftige Streitigkeiten mit Gewalt zu lösen versuchen wollten, „soll einer vollständigen Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgehen“. All das sind Formulierungen, mit denen die französische Diplomatie sich den Weg zu ihren Sicherheitsplänen offenhält, ohne dabei klar und eindeutig diesen Anspruch und seine Konsequenzen zu vertreten.

Daß die Einigung vom 11. Dezember sobald wieder zum Aufflackern der alten Gegensätze führte, hat seinen Grund schon in der Art des Genfer Kompromisses. Jede der drei Mächte, die bisher die Hauptträger der Gleichberechtigungsdiskussion waren, hat zwar ihre Ansprüche zurückgeschnitten, um sie den Forderungen des Verhandlungspartners anzunähern; aber diese Zugeständnisse dienen nicht zur Bereinigung der Konfliktpunkte, sondern nur zur Vermeidung praktischer Konsequenzen, bei denen die Gegensätze unverändert hervorgetreten wären.

So hat Deutschland die Anerkennung seiner Gleichberechtigung und den Passus über das für alle geltende und daher den Abschnitt V des Versailler Vertrags ersetzende Abrüstungsabkommen bezahlt mit dem Verzicht auf die konkreten Forderungen, die Neurath noch zu Beginn der Fünf-Mächte-Besprechungen nachdrücklich vertreten hat, daß nämlich bis Ende Januar Richtlinien für die Ausführungsbestimmungen der Gleichberechtigungsforderung aufgestellt werden sollten. In der Genfer Formel ist weder von einem solchen Termin, noch überhaupt von Ausführungsbestimmungen die Rede.

England hatte zwar schon längst der grundsätzlichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und der Ersetzung des Abschnitts V durch das Abrüstungsabkommen zugestimmt, aber doch bisher immer nur mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß Deutschland auf keinen Fall aufrüsten dürfe und daß die Durchführung der Gleichberechtigung nur etappenweise möglich sei. Beide Einschränkungen sind in der Einigungsformel fortgefallen.

Frankreich hat sich sein Hauptzugeständnis, die Ersetzung des Abschnitts V durch das Ergebnis der Abrüstungskonferenz, durch den geschickten Einbau der eigenen Sicherheitsthese erleichtert. Die alte Streitfrage, wie Sicherheit und Gleichberechtigung vereinigt werden können, ist damit von neuem entfacht.

Es ist klar, daß diese bloße Scheineinigung, die die alten Gegensätze unberührt bestehen läßt, unter politischem Druck entstanden ist. Es liegt auch auf der Hand, woher dieser Druck kam. Die Schuldentrate an Amerika stand vor der Tür, und die Amerikaner hatten ihre revisionslusternen europäischen Gläubiger bisher immer wieder mit unbequemer Hartnäckigkeit darauf hingewiesen, daß sie nur nach einer wirksamen Abrüstungsmaßnahme zu einer erneuten Prüfung der Schulden bereit seien. Das englisch-französische Geheimabkommen, das die Ratifikation des Lausanner Abkommens von der Neuordnung der europäisch-amerikanischen Kriegsschulden abhängig machte, hat dafür gesorgt, auch Deutschland den von Amerika ausgehenden Druck spüren zu lassen.

Die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz bedeutet zwar eine gewisse Entspannung der militaristisch überhitzten Beziehungen zwischen den Völkern. Geldsorgen am rechten Ort können beschwichtigend wirken. Derartige kapitalistische Interessen sind aber nicht imstande, der Kriegsgefahr, die in den Rüstungstreitigkeiten liegt, an die Wurzel zu gehen. Sie können diese Gefahr bestenfalls vorübergehend ein wenig eindämmen; zur Ueberwindung der Gefahr wäre eine wirkliche Verständigung erforderlich. Und die entsteht, wie die Genfer Formel erneut bewiesen hat, nicht aus dem Kuhhandel um kapitalistische Vorteile.

Vom Kampf gegen Polen.

Vor einigen Tagen kam eine Bekanntmachung heraus, in der „von zuständiger Stelle“ die schiffahrtstreibende deutsche Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wurde,

daß den deutschen Konsulatsbehörden in Polen keinerlei Mittel zur Unterstützung deutscher Schiffer zur Verfügung stehen.

Das sollen sich alle die Schiffer zur Warnung dienen lassen, die Fahrten vorhaben, bei denen sie eventuell in polnischen Häfen einfrieren könnten.

Es gibt Boykottbeschlüsse im Wirtschaftskampf zwischen Polen und Deutschland, in denen das anrühige Wort „Boykott“ überhaupt nicht vorkommt!

Kabinettsbildung in Belgien.

Dem bisherigen belgischen Ministerpräsidenten in Belgien, dem Katholiken Graf de Broqueville, ist die Bildung

eines neuen Kabinetts gelungen. Dieses Kabinetts, das nur durch ein Eingreifen des Königs zustande gekommen ist, ruht auf einer Verständigung zwischen den Katholiken und den Liberalen.

Generalkonsul Torsten Kreuger, ein Bruder Ivar Kreugers, ist wegen Konkursbetruges und Betrugs gegen die Käufer seiner Obligationen (Schuldverschreibungen) zu 3 Jahren 6 Monaten Zwangsarbeit und zum Schadensersatz an die Geschädigten verurteilt worden. Dieser betrügerisch angerichtete Schade wird auf eine halbe Million Kronen geschätzt. Kreuger hat Berufung eingelegt.

Das Schlagwort von der „körperlichen Ertüchtigung“ hat auch in England Gehör gefunden. Auch dort sollen Erwerbslose von Ausbildungsbeamten (!) ausgebildet werden. Die englische Frontsoldaten-Organisation „British Legion“ ist bereit, ihre Mitglieder als Führer solcher Ausbildungsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Der „neue Kurs“ — die alte Diktatur.

R. H. Reichkanzler von Papen hatte gründlich abgewirtschaftet, als er sein Rücktrittsgesuch beim Reichspräsidenten einreichte. Aber es war nicht leicht, einen Nachfolger zu finden, der seiner Aufgabe besser gewachsen und den kapitalistischen Auftraggebern genehmer erschien. Wochenlang dauerten die Verhandlungen um die Besetzung der frei werdenden Stellen an. Herr Hitler, der Hauptbewerber, war zur Übernahme eines Postens nur bereit, wenn ihm Generalvollmacht gewährt würde. Eine Zeit lang dachte Herr von Hindenburg sogar daran, den Abschied zu nehmen, um so die Bahn für geeigneteren Kräfte frei zu machen. In diesem entscheidenden Augenblick trat jener Mann ins grelle Rampenlicht, der schon Brüning's Sturz und Papen's Kommen veranlaßt hatte, der Reichswehrgeneral von Schleicher. Damit ist zwar eine erfreuliche Klärung in der Frage der Verantwortlichkeit eingetreten. Andererseits aber hat sich die Lage durch die Ernennung Schleichers zum Reichskanzler aufs äußerste verschärft. Es handelt sich hier um die konzentrierte Einsetzung der letzten Machtmittel durch die herrschende Klasse, denn der Kanzler hat auch das Reichswehrministerium und das Kommissariat in Preußen inne und damit die Verfügung über das Heer und die preußische Polizei. Diese große Gefahr, die hier von Seiten des Militarismus, der stärksten Stütze des Kapitalismus, der Arbeiterklasse droht, darf auch dann nicht unterschätzt werden, wenn der Reichswehrgeneral als kluger Mann nicht gleich das Schwert zieht und von seinen Machtmitteln zunächst nur vorsichtigen Gebrauch macht. Man muß Herrn von Schleicher gegenüber um so wachsam sein, als es ihm tatsächlich gelungen ist, Anfangserfolge zu erzielen und eine gewisse friedliche Atmosphäre selbst in Kreisen der Arbeiterschaft zu erzeugen. Das erste Ziel der Beruhigung, des Zeit- und Vertrauensgewinns hat Schleicher erreicht durch Aufhebung jener Teile der Papen'schen Notverordnungen, die besonders böses Blut gemacht hatten. Ebenso wurde die heikle Frage der Verfassungsreform bis auf weiteres vertagt. Der Reichstag durfte ungehindert zusammentreten und seine Beschlüsse fassen. Glatt und fast reibungslos machte er, was man von ihm wünschte, und änderte, was alle geübert hatte. Eine Amnestie wurde vorbereitet, durch die die Empörung über die Sonderjustiz beschwichtigt werden soll. Schleicher kann auch mit dieser Amnestie sein Einverständnis erklären, da sie alle Strafen für „Zersetzungsversuche“ in Heer und Poli-

zei ausschließt. Auch außenpolitisch hat die neue Regierung unlegbar Erfolge erzielt. Das neue Kabinett hat in bürgerlichen Kreisen eine durchaus gute Presse, und auch die ausländischen Zeitungen äußern sich im allgemeinen freundlich. Nur der „Manchester Guardian“ schreibt von Schleicher: „Er ist ein Faschist. Aber er trägt den Mantel eines Liberalen.“

Wie die Schleicher nahe stehenden Kreise die Taten des Reichstages beurteilen und was den Parlamenten droht, wenn sie sich einfallen lassen sollten, einmal nicht so zu wollen, wie das Reichskabinett und seine Auftraggeber, dafür einige Belege. Die offiziöse „Berliner Börsen-Zeitung“ brachte einen Artikel „Was wird Schleicher tun? eines ungenannten Verfassers, der aber im Reichswehrministerium zu suchen sein dürfte. Darin heißt es: „Wenn Herr von Schleicher mit dem Parlament auskommt, warum sollten wir ihn dann tadeln? Wenn aber der Reichstag seine Arbeit sabotiert und die Stellung des Reichspräsidenten untergräbt, ohne selbst etwas zu leisten, so wird niemand dem General verargen, wenn er einem pflichtvergessenen Reichstag den Rücken kehrt.“ Noch deutlicher wird die Wochenzeitung „Der Ring“, die von dem Vorstandsmitglied des bekanntlich völlig „unpolitischen“ Herrenklubs, von Herrn von Gleichen, herausgegeben wird. Unter der Überschrift „Autoritäre Taktik“ steht dort zu lesen, man könne der Meinung sein, die ersten Taten des Reichstages seien „nicht mehr als ein Spielzeug für die kleinen Leute, die zu Hause natürlich etwas erzählen müssen“. Und man „gönne den Kindern die Weihnachtsfreude!“ Zu diesen Kindern, denen der Herrenklubvorsitzende die Weihnachtsfreude nicht verderben möchte, gehört offenbar auch Paul Löbe, der es fertig bringt, im „Vorwärts“ von denselben Taten des Reichstages zu schreiben: „... unsere Taktik hat doch zu einigen nicht unbedeutenden Erfolgen geführt, an deren Gelingen noch vor einer Woche die stärksten Zweifel bestanden“. Die Amnestie „dürfen wir als ersten wichtigsten Erfolg unserer (!) Parlamentsarbeit buchen“ und „Unsere ersten Vorstöße sind gelungen.“ Man sehe sich dagegen den Randspruch an, der unter dem genannten Artikel des „Ring“ in fetten Lettern prangt und der von Mussolini stammt: „Die Gewalt schafft Zustimmung auf jeden Fall. Wenn Zustimmung fehlt, ist die Gewalt da!“

Die andere Seite der Klassenfront.

Wie steht es nun auf der andern Seite? Welche Gegenkräfte sind vorhanden, die sich der verhängnisvollen Entwicklung in Richtung eines imperialistischen Krieges oder jedenfalls einer Krisenlösung, deren Kosten restlos die schon bis an die Hungergrenze verelendete Arbeiterklasse tragen müßte, zu verhindern? Leider steht es in dieser Hinsicht nicht zum besten. Der „Ring“ schreibt in der schon erwähnten Nummer von Schleicher: „Man hat eine Faust voll Trümpfe, man hat gute Nerven, man hat schlechte Gegner, ausgenommen das Zentrum.“ In der Tat gibt es nur einen Gegner, den Schleicher und die herrschende Klasse wirklich fürchten müßten und die das Verhängnis in seinem Lauf aufhalten und die Entwicklung entscheidend beeinflussen könnte: eine in sich gefestigte, geeinigte und organisierte Arbeiterbewegung! Dies gab die Schleicher nahe stehende „Berliner Börsen-Zeitung“ wiederholt offen zu, indem sie Untersuchungen anstellte, wie man diese Einheitsfront verhindern könne.

Zweifelloos ist die Einheitsfront im Augenblick infolge der geschickten Maßnahmen des Schleicher-Kabinetts besonders gefährdet. Das Rezept Schleichers besteht darin, die Gewerkschaften und die SP durch Zugeständnisse und Beteiligung am Staate zu ködern und von der Klassenfront loszulösen, während gleichzeitig die Kommunisten in ihrer Tätigkeit gehemmt und schwer bedroht werden. Bei den Gewerkschaften ist Schleichers Absicht bereits zum Teil gelungen. — Bei der SP steht es ganz ähnlich. Der sozialdemokratische „Hessische Volksfreund“ bringt folgendes fertig: „Wenn ein General sich in der ungewöhnlichen Lage befindet, eine unfähige Diktatur durch eine arbeitswillige Regierung (!) zu ersetzen und lieber zu regieren als zu kommandieren, so sollten wir die Durchführung dieses seltenen Experimentes nicht zu verhindern suchen!“

Wie die Tätigkeit der KPD auch ohne direktes Parteiverbot gehemmt werden kann, zeigen die Polizeimaßnahmen der vergangenen Tage, über die wir an anderer Stelle kurz berichten.

Schleicher sagte in seiner Rundfunkrede wörtlich: „Den geworbmäßigen Unruhestiftern ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen, daß eine solche Verordnung fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt. Ich hoffe, daß ihre Anwendung ebensowenig nötig werden wird, wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahme-Bestimmungen gegen die kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird, falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Bevölkerung mißbrauchen sollte.“

In einer Beziehung ist es Schleicher bereits gelungen, eine aussichtsreiche Einheitsfront-Aktion zu durchkreuzen, nämlich durch die freiwillige Aufhebung des sozialpolitischen Ermächtigungsgesetzes, gegen das sich das sozialdemokratische Volksbegehren, an dem sich auch die Kommunisten beteiligten wollten, richtete.

Wie sich ein General „Arbeitsbeschaffung“ vorstellt.

Was wird Schleicher über die Korrektur der Fehlmaßnahmen Papens hinaus tun, um der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Herr zu werden und das Massenelend einzudämmen? Hier beginnen die eigentlichen Schwierigkeiten, und es ist sehr fraglich, ob der „neue Kurs“ auf diesem Gebiete mehr Erfolge erzielen wird, als das alte Kabinett Papen erringen konnte. Welche Maßnahmen stehen überhaupt zur Wahl? Einmal der Ausweg der Inflation. Es ist nicht zu leugnen, daß der neue Minister für Arbeitsbeschaffung, Dr. Geröke, mit Plänen an die Öffentlichkeit getreten ist, die „praktisch“ auf Inflation hinauslaufen. Allerdings, hat man Geröke dem vorsichtigen Reichsbankpräsidenten Dr. Luthor unterstellt, der des Ministers Uebereifer schon etwas zügeln dürfte. Der zweite Weg wären planwirtschaftliche (staatskapitalistische) Maßnahmen. Auch in dieser Richtung sind bereits Andeutungen erfolgt, auf die wir noch zu sprechen kommen. Und schließlich bleibt als bedenklichster kapitalistischer „Ausweg“ aus der Krise der imperialistische Krieg. Umso bedenklicher, als die Generale in Deutschland die Politik bestimmen und es gelungen ist eine nationalistische Stimmung zu erzeugen, die jener von 1914 verdammt ähnlich sieht. Dazu kommt, daß tatsächlich in Japan, seitdem es den imperialistischen Vorstoß gegen China in der Mandschurei gemacht hat, eine gewisse Belebung der Konjunktur, insbesondere in der Eisen- und Stahl-, sowie der chemischen Industrie, beobachtet werden kann, die stärker ist, als alle anderen Versuche der Krisenüberwindung, wie etwa in USA (Einpumpung von Krediten in die Wirtschaft) oder in England (Preisgabe der Goldwährung), erreichen konnten. Bei dieser kriegerischen Methode der „Arbeitsbeschaffung“ werden außerdem auch direkt Arbeitslose beseitigt.

Die „Massenbasis“ des Militärkabinetts.

Einen Überblick über die zunächst geplanten Maßnahmen des neuen Kabinetts gab die Rundfunkrede Schleichers am vergangenen Donnerstagabend. „Der soziale General“, wie sich Schleicher selber zu nennen beliebte, ließ einerseits allerlei sozialpolitische Schmalmeinklänge ertönen, andererseits stieß er wilde Drohungen gegen die „staatsfeindliche kommunistische Bewegung“ und die „Hetzpresse“ aus.

Zunächst gestand der General zu, daß sich auf die Dauer ohne Massenbasis nicht regieren lasse und daß daher seine erste Sorge die Schaffung einer solchen sei. Diesem Zweck dient wohl das „Notwerk deutscher Jugend“, in dem die Jugend erfaßt und körperlich und geistig „ertüchtigt“ werden soll, in der Hauptsache wohl der Versuch einer Aufgangsorganisation für die SA. Auf diese Weise hofft Schleicher wohl, die Massen, die heute noch bei der Hitler-Partei stehen, für den „neuen Kurs“ zu gewinnen. Dazu kommt, daß die NSDAP in einer äußerst schwierigen Situation sich befindet. Nicht nur, daß innerhalb ihrer Führerschaft seit der Ausschiffung Gregor Straßers schwere Spannungen bestehen, sondern die Partei kann sich zur Zeit tatsächlich keinen neuen Wahlkampf leisten, da sie schwer verschuldet ist (nach Mitteilung Otto Straßers, des Bruders Gregors, beträgt die Schuldenlast der NSDAP über 12 Millionen Mark!) und die bisherigen Geldquellen fast völlig versiegt sind, wovon die an allen Straßenecken Berlins mit Sammelbüchern stehenden und frierenden SA-Leute ein anschauliches Bild geben.

Weiter ist geplant eine „Freiwillige Bauernhilfe“, die Vermittlung unbezahlter (!) Kredite aus dem Heer der jugendlichen Erwerbslosen an „bedürftige“ Landwirte gegen „Familienanschluß“ vorsieht, ferner das freiwillige „soziale Halbjahr“ für die Abiturienten und der Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Auch die Siedlung im Osten will Schleicher fördern, wobei militärische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, da er in derartigen Siedlungen das beste Bollwerk gegen das „Vordringen fremden Volkstums“ im Osten sieht. Ueberhaupt stehen wehrpoli-

tische Maßnahmen und Bestrebungen zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zugeständenermaßen im Mittelpunkt des Schleicherprogramms! Für die Landwirtschaft ist als Liebesgabe die Einführung einer Art Fett-Zwangswirtschaft vorgesehen, das heißt bei der Margarinefabrikation muß deutsche Butter in gewissen Prozentsätzen mit verarbeitet werden. Planwirtschaftliche und staatskapitalistische Ansätze können darin erblickt werden, daß Unternehmungen, die Subventionen erhielten, einer gewissen Staatskontrolle unterstellt werden sollen. Auch hier handelt es sich in erster Linie um Betriebe, die wie Stahl- und chemische Farbenwerke, im Kriege besondere Bedeutung bekommen.

Was sollen Sozialisten tun?

Für uns ergibt sich in diesem Zusammenhang immer wieder die Frage, was können wir tun, um eine ehrliche Einheitsfront auf breiter Basis anzubahnen, was können wir tun, um im Falle eines imperialistischen Krieges nicht unvorbereitet zu sein? Solange es noch nicht gelingt, die Organisationen selber zusammenzuzwingen, wozu bei der jetzigen Unzufriedenheit großer Massen der SP- und Gewerkschaftsmitglieder bei einer vernünftigen und klugen Politik der KPD die günstigste Gelegenheit wäre, muß eben jeder einzelne Genosse in seinem engeren Kreise tun, was er kann. An den Stempelstellen und im Betriebe diskutiere er ruhig und sachlich unsere Vorschläge und vermeide peinlich alle unnötigen Auseinandersetzungen über vergangene Fehler, mindestens aber Beschimpfungen der Genossen in anderen Arbeiterparteien. Bei allen Aktionen der Schleicher-

regierung, Sorge jeder Genosse bei den Kollegen seines Wirkungskreises für die nötige Klarheit darüber, was die Regierung bezweckt und wohin ihre Maßnahmen führen müssen. In den Betrieben sehe man sich seine Kollegen auf Verlässlichkeit, Unerschrockenheit und Klugheit an (nebenbei bemerkt, das beste Mittel, um Spitzel von der Organisation fern zu halten!). Man nehme mit solchen Kollegen enge Fühlung und bespreche mit ihnen alles Erforderliche. So entsteht allmählich von unten herauf die Betriebsorganisation derjenigen, die der Sabotage der Einheitsfront durch die Organisation überdrüssig sind. Ganz von selber werden die Betriebszellen unter einander Verbindung bekommen, werden die Tropfen zum Bache und revolutionären Strome zusammenfließen! Dann kann es mit der Arbeiterbewegung wieder aufwärts gehen!

Geschäft ist Geschäft!

Bayerische Volkspartei gegen Schleicher-Rede.

Zur Rundfunkrede des Reichskanzlers bemerkt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, ein Manko der Rede Schleichers sei es, daß der Kanzler kein Wort für die Bedeutung einer Zusammenarbeit der Länder mit dem Reiche gefunden habe. Hier mache sich Schleicher die Sache wirklich zu leicht. Bayern müsse auf dem Standpunkt beharren, daß mit der für Preußen getroffenen Regelung eine tiefgreifende Gleichgewichtsverschiebung eingetreten sei, zu deren Behebung ein gesunder Ausgleich für die außerpreußischen Länder unerlässlich sei. Es wäre dringend erwünscht, daß der Reichskanzler möglichst bald Klarheit auf diesem Gebiete schaffen würde.

Bayern möchte also für seine Zustimmung zur Vergeltung Preußens einen „gesunden Ausgleich“. Geschäft ist Geschäft!

Thüringische SP-Zeitung verboten.

Der nationalsozialistische thüringische Innenminister Sauckel verbot die in Jena erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung „Das Volk“ auf die Dauer von fünf Tagen. In einem Artikel der Zeitung war über den von dem ebenfalls nationalsozialistischen thüringischen „Volksbildungs“-Minister verordneten Schulwechselspruch gegen den Versailler Vertrag gesagt worden, daß diese Verordnung „von Lehrern und Schülern ein auf Unmoral aufgebautes Lippenbekenntnis ohne jede Rücksicht auf die persönliche Ueberzeugung des einzelnen“ erprosse. In dieser Tatsachenfeststellung wurde eine Beleidigung eines leitenden Staatsbeamten erblickt.

Der Verordnungsfeldzug gegen die Linke.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Sonnabend die politischen Verordnungen, so die Antiterror-Verordnung über die Einschränkung der Pressefreiheit zum Teil aufgehoben. Die neue Verordnung, in der nur die allgemeinen Bestimmungen aus den bisherigen Verordnungen verblieben sind, erscheint erst in den nächsten Tagen. Diese Verordnung wird gleichzeitig den Rest der Bestimmungen des Republikschutzgesetzes enthalten. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um eine Verschärfung der Bestimmungen gegenüber Vorgehen gegen die Person des Reichspräsidenten sowie um Maßnahmen zum Schutze der Reichsfarben und der Wehrmacht!

Mit anderen Worten, die Bestimmungen gegen „Majestätsbeleidiger“ und Gegner des Menschen- und Völkermordes sollen scharf gemacht werden.

Wie verlautet, gedenkt die Reichsregierung ihre „Winterhilfe“ noch in diesem Jahre zu verabschieden.

Reichskommissar Goerdeler verschwindet in der Versenkung.

Der Reichspräsident hat Dr. Goerdeler, den Oberbürgermeister von Leipzig, vom Amte des Reichskommissars für Preissenkung entbunden. Ministerialdirektor Dr. Heintze vom Reichswirtschaftsministerium tritt an seine Stelle. Der Reichskanzler von Schleicher dankte Goerdeler in einem langen Schreiben für seine „wertvollen Dienste als Reichskommissar“, — worin diese bestehen, bleibt Geheimnis der Reichsregierung.

Stabilisierung des Hungers in Deutschland?

Was läßt sich heute über den Stand der deutschen Wirtschaft sagen?

Wir stellen hier — nach Ablauf des vierwöchigen „Funk“-Verbotes — zur Beantwortung dieser Frage einige Angaben zusammen. Unsere Leser können sich so selber ein Bild davon machen, was von der viel besprochenen „Belebung der Wirtschaft“ zu halten ist.

1. Arbeitsmarkt.

Nach den amtlichen Zahlen, die bekanntlich nur die bei den Arbeitsämtern registrierten Erwerbslosen umfassen und nicht die etwa 2 Millionen zählende Armee der Hoffnungslosen, die vom Arbeitsamt weder Unterstützung noch Arbeitsvermittlung erwarten, hat sich die Arbeitslosigkeit im Spätherbst 1931 und 1932 folgendermaßen entwickelt:

	Stand		Zunahme während eines halben Monats	
	1931	1932	1931	1932
Ende September	4 355 000	5 103 000	+ 31 000	— 161 000
Mitte Oktober	4 484 000	5 150 000	+ 129 000	+ 48 000
Ende Oktober	4 623 000	5 109 000	+ 140 000	— 41 000
Mitte November	4 844 000	5 265 000	+ 220 000	+ 156 000
Ende November	5 060 000	5 358 000	+ 216 000	+ 92 000

Während 1931 die Arbeitslosigkeit während dieser zweieinhalb Herbstmonate stetig gestiegen ist, finden wir in der Spalte für 1932 zwei Mal eine Abnahme; die Zunahmen sind zudem nicht so groß wie im Vorjahr. So kommt es, daß der Abstand der Ziffer gegenüber dem Vorjahr von Ende September bis Ende November sich mehr als halbiert hat.

Trotz aller Mängel dieser Statistik gab es offenbar, wenigstens bis zum Eintritt des Winters, eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt.

Nach der Krankenkassen-Statistik ist im Oktober die Zahl der Beschäftigten um 80 000 gestiegen, während sie im Oktober 1931 um 392 000 abgenommen hatte.

Nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm die Zahl der Arbeitslosen je 100 Gewerkschaftsmitglieder in der Konjunkturgruppe (also in den von Saisonbewegungen wenig beeinflussten Industrien) von Ende September bis Ende Oktober von 37,6 auf 36,4 ab und blieb während des November stabil; die Zahl der Kurzarbeiter ging in der Konjunkturgruppe während des Oktober von 26,3 auf 26,1 zurück und sank während des November weiter auf 25,6. Insgesamt veröffentlicht der ADGB folgende Ziffern: Es waren arbeitslos von 100 Gewerkschaftsmitgliedern

Ende September	44,1
Ende Oktober	43,4
Ende November	43,8

Nach der Gewerkschaftsstatistik war also entgegen der üblichen Saisonbewegung die Arbeitslosigkeit Ende November kleiner als Ende September.

Ein Zeichen für eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt kann man wohl auch darin erblicken, daß die durchschnittliche Arbeitszeit von 6,6 Stunden im Juli auf 6,83 Stunden im Oktober gestiegen ist, obwohl das System der Steuergutscheine für viele Unternehmer einen Anreiz zur Senkung der Arbeitszeit bot.

2. Warenmarkt.

Die Baumwollspinnereien berichten, die Besserung des Auftragseingangs, die im Oktober zu bemerken war, habe im November nicht angehalten. Die Baumwollwebereien berichten, im November sei zweifellos eine Abschwächung des Geschäfts zu verzeichnen. Die Maschinenbau-Anstalten melden für November eine Zunahme der Anfragen, aber eine Abschwächung des Auftragseingangs.

Die arbeitstäglige Stromerzeugung, die im Oktober saisonmäßig anstieg, erreichte in diesem Monat erstmals den gleichen Stand wie im entsprechenden Vorjahrsmonat.

Die Rohstahlerzeugung lag im November mit 545 872 Tonnen nur sehr wenig unter der Produktion vom November 1931, der auch 24 Arbeitstage umfaßte und in dem nur 1018 Tonnen Rohstahl mehr produziert worden waren. In den Vormonaten war der Abstand gegenüber dem Vorjahr weit größer.

Die staatliche Wirtschaftspolitik hat es also anscheinend erreicht, daß gerade bei ihrem Lieblingskind, der Schwerindustrie, eine leichte Belebung einsetzt.

3. Ersparnismarkt.

Von Juni 1931 bis zum September 1932 waren bei den deutschen Sparkassen Monat für Monat die Auszahlungen größer als die Einzahlungen. Der Oktober brachte erstmals einen Einzahlungsüberschuß: die Einzahlungen betragen 400, die Auszahlungen 384 Millionen Mark.

Wie stark sich das Vertrauen der Kapitalisten vor allem zum Deutschen Reich gehoben hat, zeigen die folgenden Angaben über die durchschnittlichen Kurse von Anleihen. Je 100 Mark mit 6 Prozent verzinsliche Anleihen kosteten:

	April 1932		Novemb. 1932	
	Mark		Mark	
Anleihen des Reichs	58,56	80,77		
Anleihen der Länder	51,14	67,03		
Anleihen der Gemeinden	44,61	58,56		
Industrie-Schuldverschreibungen	52,13	68,77		

Deutschland und der Weltmarkt.

Die industrielle Weltproduktion ist — die normalen Saisonschwankungen ausgeschaltet — von Juli, dem bisher tiefsten Stand seit 1919, bis September um 6 Prozent gestiegen.

Die deutsche Rohstoffeinfuhr ist seit August gestiegen, ebenso die deutsche Fertigwarenausfuhr. Interessant ist die Vergleichung mit dem Vorjahr:

	Rohstoffeinfuhr		Fertigwarenausfuhr	
	1931	1932	1931	1932
August	243	174	616	334
September	227	194	646	340
Oktober	224	207	691	371
November	251	215	589	371

Bemerkenswert ist natürlich der Abstand gegenüber dem Vorjahr. Aber außerdem ist folgendes interessant: Die Rohstoffeinfuhr ging im Vorjahr während der Monate September und Oktober zurück und stieg im November nur wenig über die August-Einfuhr an. 1932 sehen wir dagegen ein stetiges Ansteigen. — Die Fertigwareneinfuhr ist zwar auch im Vorjahr von August bis Oktober gestiegen, fiel aber dann im November außerordentlich stark ab. In diesem Jahr war sie im November nur um 100 000 Mark kleiner als im Vorjahr.

Steigende Rohstoffeinfuhr kann man wohl als Zeichen einer gewissen Konjunkturbelebung werten. Die Aufrechterhaltung der Fertigwarenausfuhr — trotz der verfehlten Außenhandelspolitik des Herrenreiters! — ist geradezu erstaunlich. Sie kann einer Konjunkturbelebung im Inland einen starken Rückhalt geben.

Das Urteil von Optimisten.

Das Anfang Dezember erschienene „Vierteljahressheft“ des deutschen Instituts für Konjunkturforschung ist im allgemeinen keineswegs auf einen pessimistischen Ton gestimmt. Das Institut meint, nunmehr „dürfte das Ende der Wirtschaftsschrumpfung in den meisten und wichtigsten Ländern erreicht sein“. Und doch lesen wir in diesem Bericht unter anderem die folgenden Sätze: „Eine neue konjunkturelle Aufwärtsbewegung hat sich noch in keinem Land durchgesetzt.“ Ueber Deutschland: „Die Wirtschaftsschrumpfung dürfte abgeschlossen, der Eintritt in die der Krise folgende Konjunkturphase, die Depression, vollzogen sein.“ „... eine Abweichung von der üblichen Phasenentwicklung im Sinne einer ungewöhnlich schnellen Ueberwindung der Depression ist wenig wahrscheinlich.“ „... Eher steht eine

Hinanzögerung der Depression über die übliche Dauer hinaus zu befürchten.“

Was als Ergebnis der Schleicherschen Wirtschaftspolitik — einschließlich Winterhilfe-Almosen, „Notwerk für die deutsche Jugend“ u. s. w. — für die nächste Zeit höchstens zu erwarten ist, das ist also die Stabilisierung des Hungers. Daß der Arbeiterschaft noch weit mehr droht, haben wir zuletzt in Nummer 274 ausführlich auseinandergesetzt.

setzen könne, so wenig könne man die unendlich verzweigte Wirtschaft eines großen Volkes von einem zentralen Punkte aus vollziehen. Daher der Schluß: trotz aller schweren Schäden muß die Wirtschaft der Konkurrenz erhalten bleiben.

Die Kommunisten sagen im Gegenteil, und auch sie haben weithin recht: die Schäden der Konkurrenz sind unerträglich. Sie müsse abgeschafft werden, koste es, was es wolle. Mithin: zentrale Planwirtschaft auf Grund statistischer Feststellungen, Abschaffung oder doch wenigstens äußerster Verminderung des freien Marktes und der freien Unternehmertätigkeit, der privaten Banken und des privaten Kredites.

Es ist nicht wahr, daß die Menschheit nur die Wahl hat zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen Gleichheit mit wirtschaftlicher Unfreiheit, und Freiheit mit wirtschaftlicher Ungleichheit.

Es ist nämlich nicht wahr, daß der Kapitalismus das System der freien Konkurrenz ist: er ist das genaue Gegenteil, er ist das System der gefesselten Konkurrenz. Die beiden Arten der Konkurrenz verhalten sich zueinander wie Weiß und Schwarz, wie — Himmel und Hölle. Wenn der Kapitalismus die Ordnung der krassen vererblichen Ungleichheit ist, so ist das System der freien, der von ihrer Fessel befreiten Konkurrenz die Ordnung der vernunftgemäßen Gleichheit. Und das bedeutet: Gleichheit der Einkommen bei gleicher Leistung für die Gesellschaft, Abstufung der Einkommen lediglich nach der Verschiedenheit der Leistung für die Gesellschaft, mithin Fortfall jedes Großeinkommens aus reinem Besitz.

Diese Lösung stammt nicht etwa von mir: ich bin nur das bescheidene vorläufige Endglied einer Kette von Denkern, deren grundlegende Idee seit mehr als hundert Jahren an der Zollschränke zurückgehalten wird. Ihr Schöpfer war der geniale Franzose Graf St. Simon, ihre Fortbildner außer seinen Schülern Bazard, Enfantin und Proudhon der Amerikaner Carcy, der Deutsche Eugen Dühring, der Ungar Theodor Hertzka. Diese Schule behauptet, daß die „soziale Frage“ falsch gestellt ist. Bekanntlich aber erhält man richtige Antworten nur, wenn man richtig fragt.

Bis jetzt nämlich hat man geglaubt, man müsse, um die soziale Frage zu lösen, eine ganz neuartige Gesellschaft auf-

Wir sehen: Am stärksten hat sich der Kurs der Anleihen des Reiches verbessert; geringer war der Zuwachs an Vertrauen offenbar, gegenüber der Industrie, noch geringer gegenüber den Ländern, am geringsten aus sehr verständlichen Gründen gegenüber den Gemeinden.

Im Durchschnitt verzinste sich im November gekaufte öffentliche Anleihen mit 8,3, Industrie-Schuldverschreibungen mit 8,8 Prozent.

Dieser im Gegensatz zu anderen Ländern noch außerordentlich hohe Zinsfuß ist zweifellos eine Folge der durch Notverordnungen erzwungenen Zinssenkungen. Wer festverzinsliche Schuldverschreibungen kauft, also etwa öffentlichen Stellen oder der Industrie Ersparnisse zur Verfügung stellt, kalkuliert eine Risikoprämie ein, weil er weitere Zwangseingriffe befürchtet.

Der hohe Zinsfuß ist natürlich für jede Belebung der Wirtschaft außerordentlich hemmend.

gesetzt. Es droht, daß die Arbeiterschaft die kapitalistischen Manöver der Krisenbekämpfung mit Opfern nicht nur an Einkommen, nicht nur an Gesundheit, sondern auch an Blut bezahlen muß, wenn sie dem Klassengegner keine geschlossene Front gegenüberstellt.

Hellmut Rauschenplat.

Gutgehende Unternehmungen: Brauereien.

Nach dem Geschäftsbericht des Deutschen Brauerbundes betrug die Dividende von 300 Aktienbrauereien im Durchschnitt:

1928/29	11,2%
1929/30	10,8%
1930/31	4,9%

Nach dem Bericht verteilten „nur“ 30 Aktienbrauereien eine Dividende von 10 Prozent und mehr.

Der dänischen Zeitung „Politiken“ Nr. 48, vom 17. November 1932, entnehmen wir folgenden Bericht:

Der Vorstand der Vereinigten Brauereien beschloß, für das Rechnungsjahr 1931/32 den Aktionären einen Ertrag von 13 Prozent auszuzahlen. Das sind 2 Prozent weniger als im Vorjahr, wo der Ertrag 15 Prozent ausmachte; aber es sind nicht 4 Prozent weniger als die 17 Prozent Ertrag, die im vorvorigen Jahr ausbezahlt wurden. Denn im vorvorigen Jahr betrug das Aktienkapital nur 12 Millionen Kronen, während es im Vorjahr durch die Auszahlung von Freiaktionen für 7 Millionen Kronen — 6 Millionen für die Aktionäre und 1 Million an den Tuborgfonds — auf 19 Millionen anwuchs. 13 Prozent von 19 Millionen sind 2 470 000 Kronen. Setzen wir diesen Betrag in Verhältnis zu dem ursprünglichen Aktienkapital von 12 Millionen, so ergibt sich ein

Ertrag von fast 20 Prozent,

also mehr als im vorvorigen Jahr, aber 3—4 Prozent weniger als im Vorjahr.

Zwei Berichtigungen.

„Die deutsche Benzinproduktion, ein öffentlicher Unfug.“ An dieser Behauptung halten wir fest. Die unter dieser Überschrift in Nr. 203 veröffentlichte Berechnung, die wir dem „Deutschen Volkswirt“ entnehmen, hat sich als in wesentlichen Teilen unrichtig herausgestellt. Für gewissenhafte Nachprüfung sind wir einem Leser zu Dank verpflichtet.

Billige Kohlen? Im Wirtschaftsteil der vorigen Nummer steht zum Erstaunen der Schriftleitung: „Der gesamten (deutschen) Industrie wurden (von der Regierung) billige Kohlen angeboten.“ Der Druckfehler eilte leider den Tatsachen weit voraus. Bis zur Uebernahme der Macht durch eine Arbeiter- und Bauernregierung sind in Deutschland Kohlen teuer und Kohl billig; danach wird es umgekehrt sein! Der verkohlte Satz sollte heißen: Der gesamten Industrie werden billige Kredite angeboten.

Das Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß gegen die freie Konkurrenz, betrieben von Franz Oppenheimer.

Mit Erlaubnis des Verlages veröffentlichten wir hier einen Abschnitt aus der Schrift von Franz Oppenheimer: „Weder so — noch so. Der dritte Weg.“ Alfred Protte-Verlag, Potsdam. 107 Seiten. Broschiert 2,30 Mark.

Kurz vor dem Weltkriege veröffentlichte ein geistvoller Engländer, Norman Angell, ein Buch unter dem Titel „Die große Täuschung“. Er erwies sich als wahrer Prophet. Er zeigte, daß der Weltkrieg, den er kommen sah, auch die Sieger auf das schwerste schädigen würde. Er zeigte, es sei eine große Täuschung, daß man durch die Niederwerfung der Konkurrenten etwas gewinnen könnte. Eine noch viel größere Täuschung, die allergrößte, die allergefährlichste, ist die, von der wir hier sprechen werden, die allgemeine Auffassung, daß es neben Kapitalismus und Kommunismus kein Drittes geben könne.

Das ist der einzige Punkt, über den die Kapitalisten und die Kommunisten einig sind. Sie glauben und erklären beide, der Kapitalismus sei das System der freien Konkurrenz. Die Kapitalisten können nicht leugnen, daß die freie Konkurrenz sehr schwere Uebel mit sich führt: die Krisen, die Arbeitslosigkeit, die Kämpfe um den Weltmarkt, in letzter Linie auch die vernichtenden Kriege. Aber sie behaupten, und vieles spricht für sie, daß es ohne Konkurrenz nicht geht. Nur sie sporne die Menschen zur höchsten Leistung, nur sie könne die Bedürfnisse aller rechtzeitig und so vollkommen wie nur möglich befriedigen; jeder zentrale Plan müsse an menschlicher Unzulänglichkeit und Unredlichkeit scheitern; nur dort, wo Millionen selbständiger Wirtschaftler scheitern; nur dort, wo Millionen selbständiger Wirtschaftler ihrer ganzen Existenz daran interessiert seien, die bedürftigen Waren rechtzeitig dahin zu bringen, wo sie gebraucht würden, könne die Volkswirtschaft richtig ablaufen. Sie sei ein lebendiger Körper; und so wenig man das Herz eines Menschen durch eine elektrisch betriebene Pumpe er-

bauen, aus der die freie Konkurrenz, als die Sünderin, ausgerollt ist; der Kommunismus. Das aber sei, so sagt die „Wissenschaft“, unmöglich, „ehe die Menschen nicht sämtlich Engel geworden wären“. Wenn man die Frage derart stellt, dann freilich ist sie unlösbar. Denn die Gesellschaft ist ein lebendiger Körper, den man ebenso wenig „machen“ kann wie einen Apfelbaum oder eine Katze.

Wir aber, die Schule des freiheitlichen Sozialismus, behaupten und können beweisen, daß es sich nicht darum handelt, etwas sehr Verwickeltes aufzubauen, sondern nur darum, etwas abzubauen. Wir sagen, daß nichts weiter erforderlich ist, als die Fessel der freien Konkurrenz zu zerbrechen. Und das ist gewiß eine Aufgabe, die ungleich leichter zu lösen ist als die, einen lebendigen Organismus zu konstruieren wie eine Maschine. Nicht schwerer, als einen Strick zu durchschneiden, der einen Menschen würgt.

Jene grundlegende Idee St. Simons war die folgende: Selbstverständlich fließt das Einkommen aus Besitz dem Eigentümer zu, und daher aus Großbesitz dem Großigentümer. Nun ist aber unzweifelhaft, daß so gut wie alles Großeigentum geschichtlich entstanden ist durch politische Gewalt und solche Handlungen, die heute als Verbrechen gelten.

Auf einigen Perücken werden sich dabei die Locken gestäubt haben; aber Wahrheit bleibt Wahrheit. Das durch Gewalt entstandene Großeigentum ist in die kapitalistische Epoche mit eingegangen, und ihm allein ist die Schuld daran zuzuschreiben, daß die Verteilung der Einkommen so verderblich ungleich ist. Um mit Eugen Dühring zu sprechen: „Das Gewaltigentum fordert und erhält seine Gewaltanteile“ an dem Erzeugnis der Gesellschaft, fordert und erhält den „Mehrwert“, das reine Besitzinkommen, dem keine Leistung für die Gesellschaft entspricht.

Der Prozeß gegen die freie Konkurrenz ist längst rechtskräftig entschieden. Aber auch gegen ein rechtskräftiges Urteil ist es möglich, die Wiederaufnahme zu erreichen. Ich behaupte und werde beweisen, daß die Verurteilten unschuldig ist, und ich werde die wahre Uebeläterin bezeichnen. Mit dem Freispruch, der trotz aller Widerstände erzwungen werden wird, vielleicht erst lange nach meinem Tode, wird sich die Menschheit selbst erlösen haben.

Eduard Bernstein gestorben.

Am Sonntag nachmittag um 14 Uhr ist in seiner Wohnung in Berlin-Schönberg Eduard Bernstein im Alter von fast 83 Jahren an Altersschwäche gestorben.

Eduard Bernstein war einer der wenigen Sozialisten, die die sozialistische Bewegung in ihren Anfängen noch erlebt und zum wesentlichen Teil mit hervorgerufen haben. Seit 1872 gehörte er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Er hatte zunächst, nachdem er das Gymnasium besucht hatte, eine Stellung im Bankfach inne, von dem er sich aber sehr bald trennte und sich ganz der Politik zuwandte. Von 1878 bis 1881 war er Redaktionssekretär an der sozialistischen Monatschrift „Die Zukunft“, als diese verboten wurde, an anderen sozialistischen Zeitschriften. Von 1880 an war er im Ausland. Seit 1879 erschien in Zürich das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie: „Der Sozialdemokrat“, das von Bernstein bis zum Herbst 1890 geleitet wurde. Bernstein war inzwischen, 1888, aus der Schweiz ausgewiesen worden und zusammen mit der Redaktion des „Sozialdemokraten“ nach London gezogen. Seine Tätigkeit hatte ihn bei den deutschen Behörden derartig verhaßt gemacht, daß er nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht sofort riskieren konnte, nach Deutschland zurückzukehren. Erst 11 Jahre später, 1901, erfuhr man, daß die Behörden ihm wegen seiner Vergangenheit keine Schwierigkeiten mehr machen würden, und er kehrte nun nach Deutschland zurück. Hier hat er innerhalb der Sozialdemokratie und auch sonst eine überaus reiche und fruchtbare schriftstellerische politische Tätigkeit entfaltet. Er war Berliner Stadtrat, mit kurzen Unterbrechungen Reichstagsabgeordneter und war bis ziemlich in die jüngste Zeit hinein politisch tätig.

Bernsteins Tod erweckt von neuem die Erinnerung an den Streit innerhalb der marxistischen Ideologie, der durch ihn geradezu zu einem Richtungsstreit gemacht worden ist: Er war der Begründer des sogenannten Revisionismus. Bereits zu Ende des vorigen Jahrhunderts meldete er seine Zweifel an der Richtigkeit des orthodoxen Marxismus an. Diese Zweifel bestanden in der Hauptsache gegenüber der von Marx behaupteten Zwangsläufigkeit der Verelendung des Proletariats und der Notwendigkeit der proletarischen Revolution zur Besserung der Lage der besitzlosen Klasse. Er wies an Hand überaus fleißig gearbeiteter und zusammengestellter Statistiken in einer ebenso sachlichen wie würdevollen Kritik nach, daß die Verelendung der Massen jedenfalls für den Zeitabschnitt, der damals nachkontrollierbar war, nicht zutraf. Und er schloß daraus, daß es nur darauf ankäme, den eroberten erhöhten Lebensstandard des Proletariats weiter zu erhöhen. Gerade in diesem Kampf um den täglichen Erfolg, so meinte er, sei die Revolution als das zerstörende Element nicht nur nicht förderlich, sondern eine Störung. Es gilt nach ihm, von Tag zu Tag Erfolge zu erzielen, ohne irgend einem imaginären Ziel nachzujagen.

Dieses Ziel: die klassenlose Gesellschaft mit all ihren von sozialistischen Schriftstellern häufig erörterten Einzelheiten lehnte er nicht ab. Was er aber ablehnte, das war die Behauptung, ein solches Ziel sei eine Forderung der Wissenschaft. Es zeugt von der hier oft erörterten Tragik in der internationalen Arbeiterbewegung, daß diese Bewegung, die, wie keine andere die Bezeichnung einer Bewegung für „Recht, Freiheit und Kultur“, die Bezeichnung einer Bewegung der Menschlichkeit verdient, bisher keine wissenschaftlich einwandfreie und anerkannte Theorie hat hervorbringen können. Wissenschaftlich einwandfrei in dem Sinne, daß ihr Ziel als ein Ideal philosophisch-wissenschaftlich begründet worden wäre. Es ist hier nicht der Ort, auf die Bedeutung Leonard Nelsons gerade für diese Arbeit einzugehen. Was Bernstein hiermit zu tun hat, ist außerordentlich wichtig und bisher in keiner Hinsicht ausreichend erörtert worden. Es beweist die kritische Schärfe seines wissenschaftlichen Blickes und die Charakterstärke eines sozialistischen Politikers und Schriftstellers, daß gerade er, der für den Sozialismus unter harten Opfern Jahrzehnte im Exil verbracht hatte, und dem das sozialistische Ziel unter den Schlägen dieser Opfer zu einer Herzenssache geworden war, — daß dieser Mann bestritt, daß der Sozialismus eine Wissenschaft sein könne. Darunter verstand er, daß das Ziel des Sozialismus, das er, völlig mit Recht, für ein

Ideal hielt, nicht wissenschaftlich begründet werden könne. Diese Ansicht hat er ausführlich erörtert in einem Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein am 17. Mai 1901 in Berlin. Dieser Vortrag, der in Kantisch-kritischer Formulierung die Frage behandelte: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ ist das Musterbeispiel des Vortrags eines Menschen, der denken und reden kann. Die sozialistische Bewegung ist arm an Schriftstellern solcher gedanklichen und charakterlichen Reinheit und Stärke. Daß Bernstein in der Beantwortung seiner Frage: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ daneben griff, bleibt gerade im Interesse der Arbeiterbewegung sehr zu bedauern. Gerade er hätte bei seiner Autorität hier enorm helfen können. Diese war so stark, daß der Parteivorstand, dem damals August Bebel, Singer und andere anerkannte Führer angehörten, nicht wagte, Bernstein aus der Partei auszuschließen, was viele wahre und falsche Revolutionäre damals forderten, von denen ein großer Teil nicht die Hälfte von dem begriff, was Bernstein leistete.

Karl Kautsky war damals auf der linken Seite der Partei und wurde als Hohenpriester beauftragt, die Bern-



steinsche Ansicht zu prüfen. Er faßte seine Kritik des Revisionismus zusammen in einer Schrift: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“, und es war mit ihm zu danken, daß der Bernsteinsche Revisionismus auf dem Parteitag in Hannover (1899) von der Mehrheit für falsch erklärt wurde. Von da an vertrat Bernstein seine Ansichten in der Hauptsache in den „Sozialistischen Monatsheften“, statt wie bis dahin in der Parteizeitschrift: „Die neue Zeit“.

Seitdem war die Wissenschaft aus dem theoretischen Streit um den Sozialismus überhaupt verschwunden. Es war offiziell verpönt worden, am Marxismus als solchem Kritik zu üben, und die Revolutionäre und die Reformisten beriefen sich nun eben beide gleichermaßen auf den Marxismus. Wir haben öfter dargelegt, daß es infolge des dem historischen Materialismus innewohnenden Widerspruchs möglich ist, beides aus ihm herauszulesen. Daß Marx ein Revolutionär war und die Revolution für nötig hielt, läßt sich aus seinen Schriften un schwer herauslesen. Leider läßt sich auch herauslesen, daß er die Entwicklung zum Sozialismus für unvermeidlich hielt, womit er denen das Stichwort gegeben hat, die deshalb meinen, sich jeweils damit begnügen zu können, die gerade zu erhaschenden Vorteile, die das Bürgertum ihnen mehr oder weniger freiwillig gewährt, einzuheimsen.

Dieser Streit ist bis auf den heutigen Tag innerhalb der marxistisch gebildeten Theoretiker nicht entschieden worden. Nur auf dem Wege einer sauberen Trennung der Theorie der Arbeiterbewegung in ein philosophisch-wissenschaftlich begrün-

detes Ziel einer klassenlosen und ausbeutungsfreien Gesellschaft und einer Theorie des Weges dahin, das heißt einer wissenschaftlich einwandfreien Geschichte und Soziologie, verbunden mit einer klaren Erforschung der ökonomischen Gesetze und ihrer Zusammenhänge kann hier Klarheit für den sozialistischen Kampf in theoretischer Hinsicht geschaffen werden. Diese Klarheit fehlt bis heute in den weitesten Kreisen der Theoretiker der Arbeiterschaft, und also auch in dieser selber.

Bezeichnend aber ist, daß von dem Streit zwischen Bernstein und Kautsky der Schluß vertuscht worden ist: Der Streit ist nämlich so ausgelaufen, daß Bernstein, obwohl seine Theorie eine scharfe Kritik des Marxismus war und obwohl sie die Frage nach dem wissenschaftlichen Gehalt des Sozialismus falsch beantwortet hat und obwohl die Folgeerung aus dieser falschen Beantwortung: der unbegrenzte Reformismus, in seiner Wirkung auf die Arbeiterbewegung geradezu verhängnisvoll worden mußte, in allem und jedem für die sozialdemokratische Bewegung der Leitstern geworden ist: Seine Lehre ist in ihren Konsequenzen die herrschende, und nicht nur in ihren Konsequenzen, sondern geradezu auch in ihren Einzelheiten. Und das ganze revolutionäre Phrasengedresch eines Karl Kautsky ist längst übergegangen in ein prinzipienloses Kauderwelsch einer weder richtigen noch charaktervollen Geschichtsbetrachtung.

Bernsteins Lehren entsprangen dem Wunsch nach schriftstellerischer und menschlicher Sauberkeit und dem Willen, die Arbeiterschaft vorwärts zu bringen. Ein seltener Fall — um so bemerkenswerter. Willi Eichler.

„Wohin treibt Deutschland?“

Das Dezember-Heft des „ISK“.

Auf Grund einer kritischen Analyse der Lage und des Standes der Einheitsfront-Bestrebungen in der Arbeiterschaft kommt Fritz Grob in seinem Aufsatz „Klassenpolitik und Parteipolitik“ zu dem zwingenden Schluß, daß eine der notwendigsten Aufgaben der Arbeiterschaft die Schaffung des „subjektiven Faktors“ ist. Dieser Aufgabe der Schulung und Erprobung von Funktionären und Klassenkämpfern hat sich der ISK seit jeher besonders angenommen.

Daß die objektiven Verhältnisse für die sozialistische Revolution reif sind, weist Hellmut Rauschenplat in dem Artikel „Deutschland, ein wirtschaftliches Trümmerfeld. Was nun?“ nach. Darüber hinaus wird gezeigt, welche ökonomischen Maßnahmen eine geeinte und innerlich gefestigte Arbeiterbewegung sofort ergreifen könnte und müßte, um sich eine Vertrauensbasis in den weitesten Kreisen aller Ausgebeuteten zu schaffen, die dann den Aufmarsch zum Endkampf ermöglichen würde.

Die Artikel „Kriegsvorbereitungen in Deutschland“ und „Totengräber der Gerechtigkeit“ zeigen, welche Verwahrlosung aller Rechtsbegriffe in dem Deutschland von heute besteht, wohin die herrschende Klasse die Dinge außen- und innenpolitisch getrieben hat und wohin der Kurs weitergehen wird, wenn dieser Herrenkaste und ihrer Sonderjustiz nicht bald entschieden das Handwerk gelegt wird. (Preis des Heftes 20 Pfennige. Internationale Verlagsanstalt, G. m. b. H., Berlin SW 19.)

Rittergutsbesitzer hinterzieht Branntweinsteuer.

Die Dortmunder Zollfahndungsstelle hat eine langjährige Branntweinsteuer-Hinterziehung auf dem Gute des Rittergutsbesitzers Schulte-Gahmen in Lünen-Gahmen aufgedeckt. Seit vier Jahren erzeugte dieser Rittergutsbesitzer heimlich Branntwein. Auf diese Weise sind dem Staat mehrere hunderttausend Mark Branntweinsteuer verloren gegangen. Der Steuerhinterzieher war früher Reichstagsabgeordneter des Zentrums, er ist noch Vorsitzender des Reichsverbandes deutscher Kornbranntweinbrennereien und — Mitglied der Reichs-Monopolverwaltung für Branntwein.

Trotsky über Lenin.

W-er. Vor einigen Jahren hat Leo Trotzki eine kurze Biographie Lenins veröffentlicht, die in Deutschland nur kurze Zeit zu erhalten war, weil inzwischen die politische Kaltstellung Trotskis erfolgte. Der Verlag „Öffentliches Leben“ hat jetzt zur rechten Zeit dieses „Material für einen Biographen“ in neuer Uebersetzung herausgebracht, die er zu dem unerhört niedrigen Preis von 1,50 Mark für ein gut broschiertes und 2,— Mark für ein ganzleines Exemplar liefert. Die Ausstattung ist mustergültig und mit drei Bildern im Text und einem bisher kaum veröffentlichten, sehr schönen Bild Lenins auf dem Umschlag versehen.

Das Buch Trotskis ist in seiner zusammengedrängten Art, die unter dem unmittelbaren Eindruck des Todes Lenins gerade das schildert, was dem Organisator der Roten Armee an Lenin besonders wichtig erschien, ein außergewöhnlich lehrreiches Dokument für die Erkenntnis dessen, was einen Revolutionär von einem Bürger trennt. Im Extrem finden wir diese Gegenüberstellung in der wunderbaren Schilderung des Besuchs H. G. Wells' im Kreml. Auch andere und linkere Bürger als dieser werden in dem Buch in der bei Trotzki bekannten meisterhaften Art geschildert. Aber alle diese Schilderungen dienen nur dazu, gerade das Leninsche Wesen von allen Seiten zu beleuchten, das sich in der unbeugsamen Uebersetzung ausdrückt, daß Ideen und Ziele dazu da sind, um verwirklicht zu werden.

Das Buch, aus dem wir hier anschließend einige kurze Stellen abdrucken, verdient von allen Sozialisten gelesen zu werden. Es wird gerade jetzt für Geschenkzwecke Vielen gelegen kommen.

Das Grundkapital der Partei.

In einer sehr schweren Stunde des Jahres 1918 erzählte mir einmal Wladimir Iljitsch: „Heute war eine Arbeiterdelegation bei mir. Und da gab einer von ihnen auf meine Worte zur Antwort: „Auch Sie, Genosse Lenin, nehmen anscheinend für die Kapitalisten

Partei!“ Wissen Sie, solche Worte hörte ich zum ersten Mal. Ich gestehe, ich verlor meine Fassung, und wußte nicht, was ich antworten sollte. Wenn das kein böswilliger Typ, kein Menschwerk war, dann ist das ein besorgniserregendes Symptom.“

Als er mir diese Episode mitteilte, schien mir Lenin betrübt und erregter als in späteren Fällen, wenn böse Frontnachrichten kamen wie beim Fall von Kasan oder als Petersburg unmittelbar bedroht war. Das ist auch begreiflich: Kasan und sogar Petersburg konnte man verlieren und zurückgewinnen, das Vertrauen der Arbeiter aber war das Grundkapital der Partei.

„Das ist ihr Westminster“.

Ich kann mich nicht mehr entsinnen, ob es der gleiche Morgen oder erst der folgende Tag war, an dem ich mit Wladimir Iljitsch einen größeren Spaziergang durch London machte. Er zeigte mir Westminster (von außen) und andere ehehnswerte Gebäude. Ich weiß nicht mehr, wie er es sagte, aber im Ton lag: Das ist ihr berühmtes Westminster. Dieses „ihr“ bezog sich natürlich nicht auf die Engländer, sondern auf die Klassenfeinde. Diese keineswegs gewollte, sondern ihm zutiefst eigene Art, die sich mehr in der veränderten Klangfarbe seiner Stimme als in der Betonung äußerte, klang immer bei Lenin hindurch, wenn er auf Kulturwerte oder neue Errungenschaften zu sprechen kam; sei es der vielseitige Nachrichtendienst der „Times“ oder — viele Jahre später — die deutsche Artillerie oder die französische Luftflotte; sie haben, sie taten dies oder sie haben's geschafft, — das sind aber Feinde! Es war als ob er den unsichtbaren Schatten der Ausbeuterklasse über der gesamten menschlichen Kultur spürte; und diesen Schatten empfand er mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie das Licht des Tages.

Die Konsolidierung.

Die Nachricht vom Attentat auf Lenin und der Ermordung Uritzki traf mich in Swijaschk. In jenen tragischen Tagen durchlebte die Revolution eine innere Wandlung. Sie wurde ihre „Güte“ los. Der Parteihammer erhielt jetzt endgültig seine richtige Härte. Die Entschlossenheit wuchs und, wo nötig, auch die Schonungslosigkeit. An der Front rannten die politischen Abteilungen, Hand in Hand mit den Sperrformationen und den Tribunalen, das Rückgrat im schwammigen Körper der jungen Armee wieder zurecht. Die

Änderung war sofort zu merken. Wir eroberten Kasan und Sibirsk zurück.

Als ich bald danach in Moskau war, fuhr ich zusammen mit Swerdlow nach Gorki (Lenins Landaufenthalt, nicht weit von Moskau) zu Wladimir Iljitsch, der sich rasch erholt, aber zu seiner Arbeit nach Moskau noch nicht zurückkehren durfte. Wir fanden ihn in bester Laune. Er erkundigte sich ausführlich nach der Organisation der Armee, ihren Stimmungen, der Rolle der Kommunisten, der wachsenden Disziplin, er wiederholte mit Behagen: „Das ist gut, das ist ausgezeichnet. Die Stärkung der Armee wird sofort auf das ganze Land zurückwirken und überall eine Stärkung der Disziplin und des Verantwortungsgefühls zur Folge haben.“

Als Swerdlow und ich ins Auto stiegen, stand Lenin munter und lebensfroh auf dem Balkon. So froh habe ich ihn nur einmal am 25. Oktober, gesehen, als er im Smolny, von den ersten militärischen Erfolgen des Aufstandes erfuhr.

Die linken Sozialrevolutionäre hatten wir politisch liquidiert. An der Wolga machten wir reinen Tisch. Lenin erholte sich von seinen Verwundungen. Die Revolution gewann an Kraft und Männlichkeit.

Lenin auf der Tribüne.

Den gegnerischen Zwischenruf greift er nur dann auf, wenn das in seinen Gedankengang hineinpaßt und die benötigte Schlußfolgerung beschleunigen kann. In solchen Fällen wirkt seine Antwort ganz überraschend — durch ihre vernichtende Einfachheit. Er legt die Situation vollständig bloß, wo man von ihm eine Maskierung erwartete.

Das haben die Menschewiken in der ersten Periode der Oktober-Revolution erlebt, als der Vorwurf des Verstoßes gegen die Demokratie noch ein ganz frisches Aroma hatte. „Unsere Zeitungen sind verboten!“ — „Natürlich, aber leider noch nicht alle! Bald werden alle verboten sein. (Stürmischer Beifall.) Die Diktatur des Proletariats wird diesen schändlichen Vertrieben von bürgerlichem Opium an der Wurzel vernichten.“ (Stürmischer Beifall.) Der Redner strafft sich empor. Mit beiden Händen in den Taschen. Von Pose keine Spur, keine rhetorische Färbung der Stimme; aber die ganze Figur, die Haltung des Kopfes, die zusammengepreßten Lippen, die Backenknochen, der ein klein wenig heisere Tonfall, alles atmet die unverwüsthliche Uebersetzung von seinem Recht und seiner Wahrheit. „Wenn ihr kämpfen wollt, so könnt ihr es haben.“

Es geht um die Ächtung des Krieges.

Hk. Schärfer und gebieterischer tritt aus der Fülle unserer Aufgaben die eine in den Vordergrund: Wachsamkeit, organisatorischen Scharfsinn und organisatorische Tatkraft anzuspannen, um die Arbeiterschaft gegen die drohende Kriegsgefahr zu wappnen. Hier ist ein neues Signal:

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Sonnabend den Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt wegen „Kriegsverrats“ nach § 58 (Absatz 8) des Militärstrafgesetzbuches zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Jäger wird beschuldigt, in der Nacht zum 14. April 1915 vor Langemarck zu den Franzosen übergelaufen zu sein und ihnen verraten zu haben, daß der erste deutsche Gasangriff bevorstehe.

In einer Republik, die den Krieg als Mittel zur Entscheidung internationaler Konflikte feierlich geächtet hat, wird also ein Mensch ins Zuchthaus geschickt, weil man ihm vorwirft,

daß er durch seine Tat den Krieg von 1914 geächtet habe.

Jäger wird ins Zuchthaus geschickt, weil das höchste Gericht der Republik es nicht ungestraft lassen will, wenn ein Deutscher während des Weltkrieges den Versuch gemacht haben sollte, was er überdies bestreitet, Tausende französischer Kameraden vom Gastode zu retten. Und dieses Zuchthausurteil ergeht auf Grund des Militärstrafgesetzbuches, das die Republik vom Kaiserreich übernommen hat — eine der vielen folgenschweren Sünden der deutschen „Revolution“.

Ein naives Gemüt im „Berliner Tageblatt“ meint, der Sinn einer derartigen Bestrafung sei heute, 17 Jahre nach der Tat, nicht mehr vorhanden. Wir sind dagegen der Ansicht, daß der Sinn dieses Urteils unmißverständlich ist. Der „neue“ Kurs zielt offensichtlich darauf ab,

die große nationale Gemeinschaft

wieder zusammenschweißen — natürlich unter Ausschluß von Kommunisten, Pazifisten und Landesverrättern — und diese Gemeinschaft mit dem Geist des 4. August 1914 zu erfüllen, so daß dann wieder das Wort gelte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Wie nahe wir diesem Geisteszustand in Deutschland bereits wieder sind, zeigen die Prozesstimmen zu dem neuen Zuchthausurteil: Das „Berliner Tageblatt“ lehnt das Urteil u. a. deswegen ab, weil durch Jägers angebliche Tat „kein Schaden entstanden“ sei; „kein Schaden“ heißt für dieses liberale Blatt, daß Tausende von Franzosen in Atemnot und Angstkrämpfen verreckt sind; „die Franzosen haben die Gräben, gegen die sich der deutsche Gasangriff richtete, nicht geräumt, obwohl bekannt ist, daß die Angst vor dem ersten Gasangriff außerordentlich groß war.“ Und der „Vorwärts“ kritisiert das Urteil lediglich deswegen, weil der Schuldbeweis „trotz der Schwere der Indizien nicht bis zum letzten überzeugend wirkt“, stellt aber an die Spitze seiner Stellungnahme den allgemeinen Satz: „Ueber die Verwerflichkeit des (!) Verrats an den Feind (!) im Kriege besteht allgemein nur eine Meinung.“

Wenn dies auch außerhalb der Lindenstraße Nummer 3 nicht zutrifft, so zeigen doch diese Stimmen, wie ungeheuer ernst die Bereitschaft zum Krieg bereits wieder angewachsen ist. Was können wir dagegen tun? Zunächst sollte gegen das Leipziger Urteil

eine einmütige Protestbewegung aller derjenigen aufstehen, die nicht wollen, daß demüchsten wieder Franzosen oder Deutsche oder andere Menschen oder Tiere an Gas verrecken; aller derjenigen, die sich das Recht sichern wollen, bei einem derartigen Verbrechen nicht mitzumachen.

Dieser Protest sollte schon unabhängig von der Frage einsetzen, ob die Anschuldigungen gegen Jäger zutreffen: in einer Republik, die die feierliche Zusicherung der Kriegsächtung ernst nähme, hätte dieses Zuchthausurteil in der Tat keinen Sinn; deswegen weg mit ihm!

Die Anstrengungen der Reichsanwaltschaft und des vierten Strafsenats, eine Verurteilung zustandezubringen, waren ebenso verzweifelte wie im Falle Bullerjahn.

Bereits 1920 fand ein Verfahren gegen Jäger in derselben Sache statt, mußte aber ergebnislos abgebrochen werden. Da tauchte im vorigen Jahre ein Artikel des französischen Generals Ferry in der „Revue des Vivants“ auf. In dem Artikel werden die französischen Kommandostellen für die riesigen Verluste verantwortlich gemacht, die der erste deutsche Gasangriff die Franzosen gekostet habe; diese Stellen seien rechtzeitig gewarnt gewesen durch einen Ueberläufer namens August Jäger, von der 6. Kompagnie des Reserve-Infanterie-Regiments 234; der habe Angaben über die Aufstellung von Gasflaschen in den deutschen Gräben gemacht. Auf diesen Artikel hin wurde Jäger Ende vorigen Jahres erneut verhaftet.

General Ferry ist nicht vernommen worden, es ist nicht geklärt worden, woher er seine Angaben hat, ja: wer überhaupt der wirkliche Verfasser des Artikels ist. Was gibt es hier für Möglichkeiten! Man muß sich den schönen Dreyfus-Film ansehen, um seine realistische Phantasie in diesem Punkte zu beleben.

Das Reichsgericht hat denn auch in der Urteilsbegründung erklärt, der Artikel sei für das Urteil nicht maßgeblich gewesen! Aber für die Wiederaufnahme der Strafverfolgung Jägers ist er „maßgeblich“ gewesen! Der vierte Strafsenat ist durch seinen Reifall mit Bullerjahn nicht belehrt worden: hier wie dort spielt der große Unbekannte für die Verurteilung tatsächlich eine wesentliche Rolle; offiziell aber heißt es: Gontard war in dem Verfahren nur eine Nebenfigur.

Die Gründe, die das Reichsgericht für sein Urteil gegen Jäger als „maßgeblich“ bezeichnet, sehen so aus: Der 1916 gefallene (!) Kompagnieführer Jägers habe diesen als einen Drückeberger bezeichnet, dem man den Verrat zutrauen könne. Die ehemaligen Grabenkameraden Jägers, die im Prozeß als Zeugen auftraten, seien durchweg der Meinung (!) gewesen, daß Jäger in der fraglichen Nacht nicht in das Hintergelände gegangen, sondern zum „Feind“ übergelaufen sei; das habe er auch selber viele Jahre später einem alten

Bekanntem gegenüber zugegeben. Außerdem habe Jäger (der sich in den französischen Gräben verirrt haben will) sein Gasschutzpäckchen nicht fortgeworfen, bevor er gefangen genommen wurde. Schließlich habe sich in einem angeblich von einem Franzosen erbeuteten Tagebuch die Eintragung gefunden, daß ein Gefangener vom R. I. R. 234 in der Nacht zum 14. April den bevorstehenden Angriff verraten habe.

Wenn heute das Reichsgericht derartige Anstrengungen macht, um einen „Kriegsvorräter“ des Weltkrieges ins Zuchthaus zu bringen, so sind wir ganz im Gegensatz zum „Berliner Tageblatt“ davon überzeugt:

Deutsche Kriegsschuldige.

Die Deutschtlümler.

P. J. Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) hatte kürzlich an seinen schwarzen Brettern in den höheren Schulen folgenden Handzettel angeschlagen:

„Verräter am Deutschtum

wer

in des Vaterlandes schwersten Stunden nicht seine ganze Kraft ihm opfert,

Der deutsche Osten brennt!

Der deutsche Osten ringt!

Der deutsche Osten blutet

und stirbt! ...

wenn

nicht in letzter Stunde das ganze deutsche Volk einmütig und geschlossen hinter den verzweifelt kämpfenden Brüdern und Schwestern im Osten steht.

Nahe ist die Stunde, da Polen sein Ziel erreicht!

Dann gibt es kein deutsches Land mehr zwischen Ostpreußen und Brandenburg!

Darum aufgenommen den Kampf, bekennt euch zum Osten und erscheint zur

Ostmarkenkundgebung des VDA.“

Das ist die Sprache der Aufpeitschung nationalistischen Hasses gegen die Nachbarvölker. Wer in dieser Weise die Jugend aufhetzt, ist mitschuldig, wenn aus solchem Haß ein neuer Krieg geboren wird. Wir wollen uns merken, wer verantwortlich ist dafür, wenn wieder einmal opferbereite, ahnungslose Jugend auf dem Altar der Rüstungsindustrie geopfert wird!

„Das hat'n Sinn, mein Junge! Da steckt was hinter, mein Junge!“

Arbeiterschaft und Kriegsgegner haben mit einer Justiz zu rechnen, in der „Hochverrat“, „Landesverrat“, „Verrat“ militärischer Geheimnisse und solche „Sprengstoffvergehen“, die geeignet sind, Sabotageakte gegen den Krieg vorzubereiten, die Hauptrolle spielen. Die Ausnahmen von der Amnestie deuten darauf hin. Die genannten Delikte werden vor dem Reichsgericht abgeurteilt, gegen dessen Urteile es Berufung oder Revision nicht gibt. Gegenüber dieser Justiz kann und soll der Scheinwerfer öffentlicher Beobachtung und öffentlicher Kritik und der öffentliche Protest eingesetzt werden.

Katholizismus und Jugendertüchtigung.

Auch Katholizismus schützt nicht vor Rüstungswahnsinn

Bereits vor einiger Zeit hatten die katholischen Jugendorganisationen dem „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ des Herrn General von Stulpnagel den kleinen Finger gereicht. Die katholische Turnerorganisation „Deutsche Jugendkraft“, die klar sieht, daß der sogenannte Gelände- oder Wehrsport vor allem als vorbereitende Erziehung zum Kriegsdienst gedacht ist, begründet ihre bedingte Bejahung zu diesen Bestrebungen wie folgt:

„Katholische Weltauffassung anerkennend den Verteidigungskrieg als Notwehr des Volkes und die Pflicht der Vaterlandsverteidigung. Es kann darum nicht vom Glauben her die Vaterlandsverteidigung, und damit auch nicht die von der Staatsautorität im rechten Maß geforderte Ausbildung zur Vaterlandsverteidigung abgelehnt werden.“

Bei der politischen Bedeutung der Wehrmacht im heutigen Staat wäre es unverantwortlich, dieses Instrument und alles, was direkt und indirekt damit zusammenhängt, durch grundsätzliche Ablehnung und Beiseitersetzen unsererseits in seinem Aufbau einer bestimmten Gruppe und politischen Richtung zu überlassen, und damit deutsche wehrhafte Jugend in eine geistige Haltung hineinzuziehen zu lassen, die wir aus religiösen und vaterländischen Gründen ablehnen.“

Dazu schreibt die katholische „Rhein-Mainische Volkszeitung“: „Nächstens wird also deutsche Erde von katholischen Kommissstiefeln oder katholisch von Kommissstiefeln zorstampft. Will man so die Abrüstung der anderen erzwingen?“

„Giftgas über Deutschland“.

Eine Schrift, die jeder Genosse lesen sollte!

Die Gefahr eines imperialistischen Krieges wird täglich größer; der Krieg erscheint als letzter Rest der von Krisen bis in die Grundfesten erschütterten kapitalistischen Gesellschaft.

Der Wahnsinn der nationalen Völkerverhetzung grassiert in allen Ländern und wird täglich neu aufgepeitscht durch Aufrüstungspropaganda, „Luftschutz“-Veranstaltungen, „Wehrsport“ u. s. w.

Dem Volke wird vorgegaukelt, daß hinreichende Maßnahmen gegen einen künftigen Gift- und Brandkrieg getroffen werden könnten.

Das ist verbrecherischer Unfug! Jeder, der, ohne beide Augen mit Gewalt zu verschließen, die einschlägige Fachliteratur liest (nicht nur „Luftschutz“-Propaganda- und Tendenzschriften, obwohl aus deren vielen Wenn und Aber und Womöglich meist auch genügend erschlossen werden kann), weiß, daß es für Alle oder auch nur Viele keinen ausreichenden Schutz gegen die chemische Kriegswaffe gibt.

Je wirksamer die Maßnahmen, desto teurer und für die Masse unerschwinglicher. Um ganz Deutschland auch nur einigermaßen wirksam gegen die bereits bekannten Giftgase zu schützen, wären etwa vier Milliarden Mark erforderlich!

Infolge der Entwicklung des Flugwesens wird der Krieg ins Hinterland getragen und die Zivilbevölkerung wahrscheinlich mehr treffen als die Frontsoldaten; am furchtbarsten jedoch die Schwachen und Hilflosen, die Kinder und Greise und die Kranken.

Über alle diese Dinge wird in der von sachkundiger Seite, nämlich dem ehemaligen Divisions-Gasoffizier Nestler, bearbeiteten Broschüre der Deutschen Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsgegner)

„Giftgas über Deutschland“

in vorzüglicher Zusammenfassung berichtet.

Die Schrift ist erschienen im Nebelhorn-Verlag, Berlin, W 57. Sie umfaßt 32 Seiten und kostet 20 Pfennige (bei Mehr-

abnahme bedeutend weniger). Sie sollte in Massen unter das Volk gebracht werden! Man erfährt in Kürze alles Wissenswerte über Reizgase (Blaukreuz), Phosgen (Grünkreuz), Senfgas (Gelbkreuz), Lewisit u. s. w. und über ihre Wirkungen. Von Phosgen genügen 40 Milligramm im Kubikmeter Luft, um eine tödliche Vergiftung herbeizuführen! Der Mensch „ersäuft“ dabei gleichsam „im Trockenen“, wie die Engländer während des Krieges sagten, in der eigenen Blutflüssigkeit, die unter Einwirkung des Gases in die Lungen tritt und furchtbare Erstickungsqualen bereitet. — Bei Gelbkreuz-Senfgas ist es noch schlimmer. Das Gift greift auch die Haut an, der Vergiftete lebt oft noch bis vier Wochen und stirbt unter schrecklichen Schmerzen. Dieses Gas ist unsichtbar und riecht nicht, es heftet sich an alle Gegenstände, vor allem auch an Lebensmittel und Trinkwasser, und wirkt noch viele Tage nachher. Zuverlässige Schutzanzüge gegen Gelbkreuz gibt es nicht!

Gasmaskenfilter für alle auf die Lunge wirkenden Gase gibt es ebenfalls nicht, wie die zahlreichen Preisausschreiben des Roten Kreuzes bewelsen!

Dem kombinierten Luftangriff der Zukunft mit hochbrisanten Explosivstoffen, mit Gift- und Brandbomben (bis 3000 Grad und mit Wasser nicht lösbar!) wird keine Stadt widerstehen können! Die heutigen „Luftschutz“-Übungen sind Kinderreien gegen die Wirklichkeit.

Es gibt nur einen Schutz — wie die Broschüre mit Recht bemerkt: Jagt die Kriegshetzer rechtzeitig in ihre empfohlenen Gasschleusen! Laßt sie in ihren Mausefallen und den Giftschwaden ihrer vielgerühmten „humanen“ Kriegsmittel selber und mit der Gasmasken vor der Fratze allein verrecken!

Kämpft mit allen Mitteln gegen den Völkermordenden und Kultur vernichtenden imperialistischen Zukunftskrieg!

R. H.

Drei Wiedersehen.

H. D. Er war früher Obmann des Betriebsrates in dem Werk, in dem ich auch arbeitete. Vor kurzem traf ich ihn: „Wie geht es Dir?“

„Gut! Ich schreibe jetzt für eine bürgerliche Zeitung.“

„Und die Sache?“

„Davon kann man nicht leben!“

Ich ließ ihn stehen.

Er gehörte früher zum Betriebsrat des Werkes, in dem ich auch beschäftigt war. Neulich traf ich ihn: „Wie geht es Dir?“

„Ich schlage mich so durch. Hier (er zieht eine Blechschachtel aus der Tasche, in der sich ein Rosenkranz befindet), das verkaufe ich jetzt in der Eifel.“

„Du bist doch aus der Kirche heraus?“

„Ich muß doch leben!“

Ich ließ ihn stehen.

Er stand 1923 neben mir an der Drehbank. Nach einem verlorenen Streik verloren wir mit vielen Kollegen die Ar-

beit. Vor kurzem traf ich ihn. Eingefallen, abgeschabt, zerrissene Schuhe, hungrig und trüb. Er hat seit 1923 keine Arbeit mehr gefunden. Aber den Glauben an die Sache der Gerechtigkeit, an den Sieg des Sozialismus hatte er noch. Ich ging mit ihm und freute mich als er sich satt aß und alte Erinnerungen hervorkramte.

Mir fiel ein Wort ein, das mir eine alte Sozialistin im Ruhrgebiet sagte:

„Um arm zu bleiben braucht man nur ohrlisch zu sein.“

Gibt es einen Giftgasschutz?

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ veranstaltet am Montag, dem 19. Dezember, 20 Uhr, in Berlin, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III, eine Mitgliederversammlung. Polizeioberst a. D. Hans Lange spricht über das Thema: „Gibt es einen Giftgasschutz?“ Eingeladene Gäste willkommen.

Die Abrüstungskonferenz wird zur Aufrüstungskonferenz.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ veranstaltet am Dienstag, dem 20. Dezember, 20.30 Uhr, in Berlin, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III, eine Mitgliederversammlung. Otto Lehmann-Rußbüdt spricht über das Thema: „Die Abrüstungskonferenz wird zur Aufrüstungskonferenz.“ Eingeladene Gäste willkommen.

Arbeitet für Bartls Befreiung!

Fort mit dem Todesurteil!

Durch die geplante Amnestie würde Bartl nicht frei werden, da Urteile wegen Tötungsvergehen von ihr ausgenommen sind. Es ist also nötig, weiter für Bartls Freilassung zu arbeiten. Dazu kann jeder helfen, indem er in Versammlungen Proteste gegen das Urteil annimmt und die Protesterklärungen an die Justizminister schickt. Die für eine solche Erklärung nötigen Unterlagen findet man in folgendem Protest, den der ISK bereits vor einiger Zeit an den Reichs- und an den Sächsischen Justizminister geschickt hat:

„Die Unterzeichneten haben mit Empörung erfahren, unter welchen Umständen das Chemnitzer Schwurgericht den Arbeiter Ferdinand Bartl zum Tode verurteilt hat.

Bartls unbekannter Begleiter hat den Nationalsozialisten Krobek durch einen Schuß getötet. Der Behauptung der Nationalsozialisten, Bartl habe schießen wollen, er sei nur durch eine Ladehemmung daran gehindert worden, steht Bartls Darstellung gegenüber, daß er, von den Nationalsozialisten mißhandelt, mit seiner Pistole gedroht habe, um sich den Ausgang aus dem Lokal zu ermöglichen, daß er jedoch nicht habe schießen wollen. Angesichts solcher Umstände

erscheint es kaum glaublich, daß das Gericht die Behauptung gewagt hat, daß Bartl gemeinschaftlich mit dem unbekanntem Schützen vorsätzlich und mit Ueberlegung einen Menschen getötet habe!

Der Vorsitzende selber, Landgerichtsdirektor Schaffrath, hat die Brüchigkeit der Urteilsbegründung beleuchtet, indem er versuchte, den Angeklagten zur Nennung des Schützen durch den Hinweis zu veranlassen, „daß er sonst (!) unter Umständen wegen Mittäterschaft an einem Mord zum Tode verurteilt werden könne“. Wodurch also soll die Mittäterschaft erwiesen sein?

Man sollte auch die politischen Umstände beachten, unter denen der Schuß von Chemnitz fiel: In jener ersten Augustwoche ging die nationalsozialistische Attentatswelle über Ostpreußen, Schlesien, Holstein und Braunschweig und empörte und erregte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Es war Notwehr, wenn in jener Zeit jemand, der als Kommunist bekannt war, nicht ohne Waffe auf die Straße ging.

Wir fordern die Aufhebung des Urteils!

Wir fordern die Freilassung des Verurteilten!“

Ein Monat politische Justiz.

Während der vergangenen vier Wochen (bis 17. Dezember) sind uns folgende Verurteilungen wegen politischer Vergehen bekannt geworden:

Gegen Linkstehende:

insgesamt 128 Jahre 11 Monate Freiheitsstrafe, davon 85 Jahre 1 Monat Zuchthaus.

Gegen Nationalsozialisten:

insgesamt 115 Jahre 1 Monat Freiheitsstrafe; davon 77 Jahre 7 Monate Zuchthaus.

Die Zahlen klaffen weniger auseinander als gewöhnlich. Das liegt daran, daß in den vergangenen Wochen einige besonders schwere Terror-Prozesse gegen Nazis verhandelt worden sind; z. B. enthalten die mitgeteilten Zahlen die „Sühne“ für sechs von Nazis ausgeführte oder fahrlässig verschuldete Tötungen. Während die Strafen gegen Nazis fast alle auf das Konto „politischer Terror“ gehen, entfällt die Hälfte der gegen Links verhängten Strafsumme auf Hochverrat und ähnliche „Verbrechen“.

Bombenattentate als grober Unfug.

Das Kottbuser Schwurgericht hat am Sonnabend die Nazis Hoffmann und Heinrich aus Kottbus freigesprochen. Sie waren angeklagt, in der Nacht zum 17. August in Groß-Gaglow ein Haus der jüdischen Landarbeiter G. m. b. H. in die Luft gesprengt zu haben. Die Kriminalpolizei hatte nach Abschluß ihrer Ermittlungen der Presse eine Mitteilung übergeben: der Anschlag sei restlos aufgeklärt, Hoffmann und Heinrich seien die Täter. Auch der Staatsanwalt sah die Schuld der Angeklagten als erwiesen an. Der Freispruch wurde mit Mangel an Beweisen begründet.

Dieser Freispruch erinnert an das Urteil, mit dem am 12. Dezember ein achtstägiger Prozeß vor dem Sondgericht in Osterode (Ostpreußen) abgeschlossen wurde. Es handelte sich dabei um ein in der Nacht zum 9. August ausgeführtes nationalsozialistisches Bombenattentat auf das jüdische Kaufhaus Lonky in Osterode. Das Urteil: Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren wegen groben Unfugs (!) in Verbindung mit Diebstahl!

Die Tendenz dieser Urteile wird durchsichtig, wenn man bedenkt, daß eine Verurteilung wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz nicht unter die Amnestie gefallen wäre, die am 9. Dezember vom Reichstag beschlossen worden ist.



BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR

(35)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 10

Der bisherige Verlauf des Romans:

Auf der Suche nach Arbeit ist Günther Gerling ins Ruhrgebiet gekommen. Er findet Arbeit auf der Zeche Rhenania, zuerst als Schlepper, später als Hauer. Die Kohlenindustrie scheint jetzt — es ist im Jahr 1919 — die Möglichkeit zu ruhiger, fester Arbeit, zum Aufbau einer gesicherten Existenz zu bieten. Aus allen Gegenden Deutschlands strömen Arbeitswillige hier zusammen, viele in der Hoffnung, nach wenigen Jahren Bergmannsarbeit in die Heimat zurückkehren zu können und sich dort mit ihren Ersparnissen ein freieres, leichteres Leben zu schaffen, als es die Gruben bieten. Mancher von ihnen fällt der Grube zum Opfer, verläßt den Schacht nur als Toter oder Krüppel. Die erhofften Reichtümer bleiben aus; Not und Elend herrschen in den Arbeiterdörfern. Die Unzufriedenheit wächst und bricht endlich in offene Empörung aus. Die Belegschaft der Zeche Rhenania tritt unter der Führung des Betriebsratsmitglieds Zielenki geschlossen in den Streik. Die Grubenleitung ergreift ihre Gegenmaßnahmen. Nach einem Vorschlag des Steigers Küpper, der sich durch diesen Rat seinen Vorgesetzten empfiehlt, wird von der benachbarten Zeche Morgenstern aus ein Zugang zu den Arbeitsstätten von Rhenania geschaffen; unbeobachtet von den aufgestellten Streikposten dringen die ersten Streikbrecher in die Grube ein. Viele schließen sich an, der Streik ist am Abflauen. Die Kassen der Streikenden sind leer, der Hunger droht. Da reißt die Verzweiflung alle Schranken nieder: Eine Volksversammlung auf dem Marktplatz endet mit einem Sturm auf das Rathaus, mit der Bewaffnung der Menge, mit einer Plünderung der Läden.

Der Abend breitet sich über die geplünderte Stadt, es wird sieben Uhr, es wird acht Uhr. Immer weiter breitet sich der Aufruhr aus, erstreckt sich bis auf die äußersten Vororte. Immer wieder das Krachen von Holz und Eisen, das Klirren von splitterndem Glas. Immer wieder das Zu-

sammenraffen und Wegschleppen von Gegenständen jeder Art. Meist jüngeres Volk, das den Hauptanteil an der Plünderung hat und die Elemente, die jede Unruhe und jede vom Volk ausgehende Aktion für ihre dunklen Zwecke auszunutzen verstehen. Verängstigt und verschüchtert sitzen die Bürger hinter den wohlverschlossenen Türen ihrer Wohnungen, horchen auf das unheilvolle Krachen da draußen und die vereinzelt fallenden Schüsse. Angst vor der Zukunft und der Herrschaft dieser Masse kriecht sie an.

Günther geht durch die Straßen, sieht dem Treiben zu, macht sich seine eigenen Gedanken darüber. Das, was er hätte kaufen wollen, hätte er sich müheless aneignen können. Er tat es nicht, ließ den Rausch der Masse nicht von sich Besitz ergreifen. Trotz seiner erst zwanzig Jahre sieht er weiter. Aus einem großen Möbelgeschäft sieht er Einrichtungsgegenstände herausschleppen: Tische, Stühle, Schränke, Betten, Speisezimmerbuffets, Schreibeische, Flurgarderoben und komplette Zimmererichtungen. Kopfschüttelnd geht er weiter. Sind die Menschen verrückt geworden? Denken sie nicht daran, daß diesem Rausch eine furchtbare Ernüchterung folgen muß, daß morgen schon oder in den nächsten Tagen Polizei und Militär wieder Herren der Lage sind? Daß dann die Haussuchungen und Verhaftungen beginnen, daß auf Plünderung und Landfriedensbruch schwere Strafen stehen?

Männer gehen an ihm vorbei, mit schweren Paketen und Bündeln beladen. Einem schauen mehrere Weinflaschen aus der Tasche, der zweite hat sich ein rosaseidenes Damenkorsett um den Leib gebunden und einen buntgarnierten Federhut aufgesetzt. Der dritte geht an einem Stock und hat mehrere Paar Schuhe, mit den Riemen aneinandergebunden, über die Schulter hängen. Günther faßt diesen letzten ins Auge, ruft ihn dann an.

„Jupp.“

Der wendet sich hastig um.

„Was willst du? Ah, Günther.“

„Jupp, wo willst du mit den Brocken hin?“

„Na, wo soll ich hinwollen, nach Hause.“

„Jupp, du bist verrückt. Schmeiß die Klamotten weg, wirst nur Schaden davon haben, wenn du sie mitnimmst.“

„Du bist verrückt, wenn du mir so was zumutest. Zu Hause haben sie alle nicht an den Füßen, und hier liegen

späterer Einberufung des preußischen Landtags auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.

Der zweite Fall, der dem Staatsgerichtshof in der Reihe seiner Weihnachtsklagen unterbreitet wird, ist der verfassungsrechtliche Streit der Preußenfraktion der NSDAP gegen den preußischen Landtag mit dem Ersuchen, den § 20 der Geschäftsordnung des preußischen Landtags für verfassungswidrig zu erklären.

Es handelt sich um folgendes: Am 9. April 1932 wurde ein Antrag der SPD, des Zentrums und der Staatspartei im Landtag eingebracht, den Absatz 2, 2. Satz, aus § 20 zu streichen. Es soll die Möglichkeit der Stichwahl für die Zukunft ausgeschlossen sein. Gegen diese Abänderung der Geschäftsordnung wendet sich die Klage.

Rechtsstreit der Kirche gegen das Land Sachsen.

Am Sonnabend vormittag ist der Staatsgerichtshof in die Verhandlung des staatsrechtlichen Streites zwischen der evangelischen Landeskirche und dem Lande Sachsen eingetreten. Es handelt sich um die Frage der Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften. Der im Jahre 1929 im Einvernehmen mit dem Landeskonsistorium ausgearbeitete Ablösungsvertrag hat die erforderliche Zustimmung des Landtages bis heute nicht erhalten, sodaß die Kirche den Staatsgerichtshof anrief. Es war der Antrag gestellt worden, wesentliche Teile des Verhandlungsstoffes unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu besprechen! Der Staatsgerichtshof hat diesen Antrag abgelehnt. Der Staatsgerichtshof wird heute (Dienstag) die Entscheidung fällen.

Kommunistische Kundgebungen am „Goldenen Sonntag“.

In Bremen gelangte trotz aller Verbote eine Erwerbslosenkundgebung gegen Hunger und Frost zur Ausführung. Die Demonstranten fanden sich in größerer Menge vor dem Kaufhaus Bamberger ein, von dessen Dach kommunistische Flugblätter unter die Versammelten geworfen wurden. Ein KP-Stadtverordneter konnte sogar eine Rede an die Versammelten halten. Erst allmählich konnte die Polizei die Versammlung auflösen, wobei vier Festnahmen erfolgten.

In Hamburg versuchten Erwerbslose am Sonntag nachmittags ebenfalls Demonstrationen zu bilden. Am sogenannten Schulterblatt kam dann auch ein großer Zug zustande. Zwei Ueberfallkommandos gingen mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor, wobei Schreckschüsse abgegeben wurden. Fünf Personen wurden verhaftet. Den ganzen Tag schon fuhrten Polizeipatrouillen auf Fahrrädern durch die Straßen Hamburgs.

Am Freitag nachmittag hatte ein Polizist bei Auflösung einer Demonstration in der Hamburger Hafengegend am Stubbenhuk in angeblicher „Notwehr“ einen erwerbslosen Matrosen namens Rütcker so schwer verletzt, daß er in der Nacht danach starb.

In Berlin kam es am Sonntag an verschiedenen Stellen zu Kundgebungen, so in der Schönhauser Allee, wo sich ein größerer Zug bildete, bei dessen Auflösung die Polizei Schreckschüsse abgab und drei Personen verhaftete, ebenfalls geschossen wurde in der Müllerstraße beim polizeilichen Vorgehen gegen Demonstranten, weitere Kundgebungen fanden in der Leipziger Straße und am Kottbuser Damm statt.

Gelstesgegenwart.

Ein Galeriebesucher des amerikanischen Repräsentantenhauses kletterte vor einigen Tagen während einer Sitzung des Parlaments über das Geländer der Galerie, bedrohte die Abgeordneten von oben mit einem Revolver und forderte laut schreiend 20 Minuten Redezeit. Während die meisten Abgeordneten hinter Bänken und Pulten Deckung suchten, rief einer dem Angreifer besonnen zu: „All right, my Boy! Wenn du nur erst den Revolver herunterwirfst!“ Die List gelang. Der Revolver flog von der Galerie herunter, und sein Besitzer wurde daraufhin festgenommen. In seiner Wohnung fand die Polizei Dynamit-Patronen.

die Brocken auf der Straße. So dumm bin ich doch nicht, daß ich sie liegen lasse und lauf lieber barfuß jetzt im Winter.“

Günther bietet seine ganze Ueberredungskunst auf, um Jupp davon abzuhalten, die Schuhe mit nach der Kolonie zu nehmen. Soviel er auch redet, Jupp ist nicht zu überzeugen, bleibt hartnäckig dabei, daß er es nicht verantworten könne, wenn hier die Schuhe auf der Straße liegen blieben, während seine Frau und Kinder keine hätten. So läßt Günther ihn denn ziehen. An einem Bahnübergang ist die Straße von Zivilisten mit rotweißen Armbinden und schußbereitem Gewehr gesperrt. Es sind Angehörige der Bürgerwehr. Günther biegt in eine Nebenstraße ein, um am Bahndamm der Zechebahn entlang nach Rheinhofen zu gelangen. In einem Garten sieht er einen Mann beim Sohein einer Stallaterne graben. Neben ihm steht eine blechbeschlagene Kiste, die wahrscheinlich Plünderungsgut enthält, das vergraben werden soll. Von der Hauptstraße her hört er Schüsse knallen. Er läuft zurück, sieht einige Lastautos mit stahlhelmbekleideten Soldaten die Straße herunterrasen. Krachen von Handgranaten, knatterndes Maschinengewehrfeuer. An einer Straßenecke ist es zu einem Feuergefecht zwischen Plünderern und Freikorpsangehörigen gekommen. Schreiend flüchten Menschen an verschlossenen Häusern entlang, hier und da brechen einige zusammen, bleiben, von Kugeln getroffen, liegen. Im Nu sind die Straßen leer. Spät erst kehrt Günther nach Rheinhofen zurück. Soldaten, die die Kolonie besetzt haben, rufen ihm „Halt, Hände hoch!“ zu, visitieren ihn nach geplünderten Sachen. Sie finden bei ihm nichts, müssen ihn laufen lassen. Im Fahrradaufbewahrungsraum der Zeche Rhenania aber sitzen und stehen ungefähr vierzig Mann, die man wegen Plünderens auf dem Wege nach Rheinhofen festgenommen hat. Bei ihnen ist der tolle Rausch schon einer Ernüchterung gewichen, die für sie schmerzlich ist. Sie ahnen, daß sie für lange Zeit Gefängnissuppe werden essen müssen. Im Ledigenheim erfährt Günther, daß man Jupp Strugalski erschossen hat, weil er auf Anruf nicht stehenblieb, sondern fortlief. Günther zuckt zusammen, in seinem Herzen spürt er einen krampfhaften Schmerz. Er denkt an sein letztes Zusammensein mit Jupp vor einigen Stunden, denkt an die arme Frau und die acht Kinder. Lange liegt er im Bett, ohne zu schlafen.

(Fortsetzung folgt.)

Freie Angestellten-Gewerkschaften und Schleicher.

In einer Kundgebung des AfA-Bundesvorstandes heißt es:

„Die Regierung Papen hat mit ihrer Juni-Notverordnung die Politik der Schrumpfung geradezu verhängnisvoll gesteigert. Der AfA-Bund hat von Anfang an auf die ökonomische Sinnlosigkeit der September-Notverordnung hingewiesen. Ihre Erfolglosigkeit tritt heute klar zutage. Die Steuergutscheine haben keinerlei Belebung des Arbeitsmarktes gebracht. Kaum ein Angestellter ist wieder in Arbeit gekommen. Massenkaukraft und Einzelhandelsumsätze sind weiter rückgängig. Die Blankovollmacht aber, die sich die Regierung „zur Verbilligung und Vereinfachung der sozialen Einrichtungen“ hat geben lassen, wirkt als ständige Quelle sozialer und politischer Beunruhigung.“

Die für diese Wirtschaftsexperimente und unsozialen Maßnahmen verantwortliche Regierung Papen wurde von dem empörten Volke gestürzt. Das Kabinett Schleicher setzt sich aus denselben politischen und wirtschaftlichen

Kräften zusammen. Die freien Angestelltenverbände behalten ihre Kampfstellung gegen jede Reaktion.

Die Regierung irrt, wenn sie glaubt, die Gewerkschaften einer Politik dienstbar machen zu können, die letzten Endes, der Machtstellung des Monopolkapitalismus dient.

Der AfA-Bund wird nicht ablassen, von jeder Regierung die Maßnahmen zu fordern, die der Ueberwindung der Lebensnot der Angestellten dienen und im wohlverstandenen Interesse der Nation liegen. Die Regierung Schleicher muß aber ihre oft betonte soziale Gesinnung erst durch Taten beweisen.“

Diese Zurückhaltung gegenüber dem Schleicher-Kurs ist das mindeste, was von einer freien Gewerkschaft verlangt werden muß.

Massenentlassungen in Ostoberschlesien.

Auf der Skarbo-Ferme-Grube in Königshütte waren nach der Inbetriebsetzung der modernen Förderanlage vor etwa 14 Tagen 100 Bergleute entlassen worden. In der vorigen Woche wurden weitere 150 Mann aus der Arbeit entlassen. Für die Skarbo-Ferme-Grube in Bielschowitz hat der Demobilisierungskommissar jetzt die Entlassung von 250 Arbeitern genehmigt und darüber hinaus eine Beurlaubung von 600 Arbeitern für eine Zeit von 15 Wochen.

Tariffkampf im Groß-Hamburger Gastwirtsgewerbe.

Im Groß-Hamburger Gastwirtsgewerbe ist ein Tariffkampf ausgebrochen, der sich jetzt verschärft hat und eventuell zum Streik führen wird. Der Schlichter Dr. Stenzel hatte am 1. Dezember einen Schiedsspruch gefällt, der von den Arbeitnehmern angenommen, von den Arbeitgebern aber abgelehnt worden war. Daraufhin hatten die Arbeitnehmer die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt und durchblicken lassen, daß sie andernfalls in den Streik treten würden. Da die Verbindlichkeitserklärung bisher noch nicht erfolgt ist, hatten die drei großen Arbeiterverbände des Gastwirtsgewerbes für Freitag nachmittag eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, die von über 1000 Personen besucht war. Es wurde beschlossen, am Montag und Dienstag eine vorsorgliche Urabstimmung über einen Streik vorzunehmen. Der Schlichter wird sich am Montag nach Berlin begeben, um mit dem Reichsarbeitsminister Rücksprache zu nehmen.

Personalabbau und Verkehrsunfälle. Schwerwiegende Anklagen.

(ITF.) Die Luzerner Eisenbahnkatastrophe, die vor wenigen Tagen, es war am 13. Dezember, 14 Menschen das Leben kostete, war Gegenstand einer Interpellation im schweizerischen Parlament. Der Personalvertreter hat das Post- und Eisenbahnministerium darauf aufmerksam gemacht, daß beide Lokomotiven von einem einzigen Manne bedient waren und daß zurzeit auf 40 bis 45 Prozent aller elektrischen Lokomotiven das Einmannsystem eingeführt ist. Dieses Ministerium wurde ferner dringend ersucht, die Frage

der einmännigen Besetzung von Lokomotiven sowie die Argumente des Personals, das sich gegen dieses System der Rationalisierung aufs energischste wehrt, nochmals eingehend zu prüfen.

Parteitag der SPD am 12. März 1933.

Der Parteiausschuß der SPD stimmte am Freitag dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den nächstjährigen Parteitag am 12. März und den folgenden Tagen in Frankfurt am Main abzuhalten. Die Verhandlungen dieses Parteitages sollen auf das Bekenntnis zu den Lehren von Karl Marx im Hinblick auf dessen 50. Todestag abgestellt werden. Den einleitenden Vortrag hält Dr. Hilferding über das Thema „Marx und die Gegenwart“. Den Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion über die Politik der Sozialdemokratie wird der Parteivorsitzende Wels erstatten. Als weitere Redner sind unter anderen die Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, Dr. Breitscheid und Vogel in Aussicht genommen.

Briefkasten.

An J. P. Sie fragen an, ob die Post zur Beförderung von Briefen nicht verpflichtet sei, falls die Briefe Verschlussmarken mit politischem Text tragen. Es gibt tatsächlich eine Verfügung des Reichspostministeriums an die Oberpostdirektionen vom 16. November 1931, wonach

„Sendungen, auf deren Außenseite in hervortretender, leicht erkennbarer Weise Angaben von Parteiparolen u. s. w. oder Abbildungen von Parteiabzeichen oder sonstige Abbildungen politischer Art angebracht sind, durch die für oder gegen eine politische Partei Stimmung gemacht werden soll, als Sendungen angesehen werden müssen, deren Außenseite gegen das öffentliche Wohl verstößt (vom Verfasser gesperrt). Derartige Sendungen sind daher auf Grund des § 4 der Postordnung vom 22. Dezember 1921 (RGBl. 21, S. 1609) von der Postbeförderung ausgeschlossen.“

Verschlussmarken, die als Werbemarken für eine Zeitung bestimmt sind und die lediglich den Titel der Zeitung als Text haben, dürften nach der oben angegebenen Definition nicht als gegen das öffentliche Wohl verstößend anzusehen sein. Briefe, die mit ihnen versehen sind, müssen demnach befördert werden.

Können die Betriebsratsmitglieder ihren Vorsitzenden absetzen?

Bei einer Berliner Versicherungsgesellschaft wurden zwei Mitglieder des DHV, zu Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt. Ihre Wahl wurde von Anfang an heftig bekämpft. Kurze Zeit nachher gab sich der Betriebsrat eine Geschäftsordnung, nach der die Vorsitzenden zurücktreten mußten, wenn die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder dies verlangte. Als später dieses Verlangen gestellt wurde, strengten die abgesetzten Betriebsratsvorsitzenden eine Klage gegen diesen Beschluß an mit der Begründung, daß nach dem Betriebsratgesetz die Amtszeit ein Jahr betrage und Betriebsratsvorsitzende nur durch das Arbeitsgericht wegen grober Pflichtverletzung ihrer Ämter entthronen werden könnten. Das Gericht entschied jedoch, daß der betreffende Passus der Geschäftsordnung zulässig sei. Demnach können Betriebsratsvorsitzende bei einer entsprechenden Fassung der Geschäftsordnung auch ohne Angabe von Gründen zur Niederlegung der Ämter gezwungen werden.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funke“.

R. L. in B. 45,75 M.; E. S. in B. 5,— M.; H. S. in B. 65,— M.; A. St. in H. 5,— M.; I. B. in H. 3,— M.; E. L. in H. 3,— M.; W. B. in H. 3,— M.; Sammlung H. 5,80 M.; E. A. S. in D. 2,— M.; A. P. in S. 5,— M.; P. N. in S. —,30 M.; F. G. in F. 10,— M.; W. L. in H. 1,75 M.; O. S. in B. 2,— M.; M. L. in E. 10,— M.; E. F. in F. 175,— M.; O. W. in G. 15,— M.; R. L. in B. 45,75 M.; T. H. in K. 25,— M.; W. L. in F. 75,— M.; H. L. in S. 40,— M.; G. B. in B. 5,— M.; P. S. in B. 5,— M.; R. E. in B. 10,— M.; H. S. in B. 20,— M.; I. D. in M.-G. 3,— M.; A. K. in B. 8,— M.; J. P. in B. 12,— M.; E. Sch. in D. 1,50 M.; W. K. in M. 10,— M.; R. K. M. in L. 10,— M.; K. S. in H. 3,— M.; F. W. in M. 2,— M.

Unsere Freunde haben ihre Empörung über das vierwöchige Verbot des „Funke“ nicht besser dokumentieren können, als mehr denn je unsere Zeitung finanziell zu unterstützen. Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin 8, Inselstraße 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Herde Oefen / Gaskocher
niemals besser und nirgends billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85
U-Bnr. Inselbrücke.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

BERÜHMTE KÜNSTLER
FURTWÄNGLER SCHLUSNUS VÖLKER PATZAK U.V.A.
AUF
GRAMMOPHON
„DIE STIMME SEINES HERRN“
OTTO PLOTENHAUER
Musikapparate
Weimar, Gläserstr. 14.

Erstklassige Maßarbeit
Anzüge
Mäntel
Herren - Kostüme
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster
vorrätig.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anterligung mod. Tisch- und Nachtlischlampen
G. Funke, Elektriker
Göttingen, Jüdenstraße 3, III.

Getrocknete Bananen
sind nahrhaft u. billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund brutto, nur 3 Mark, frei Haus, n. a. Orten.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

Oberhandenstoffe, Tricoline, Fianelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.
Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen - Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Spelzeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

SCHAFFEN EINHEIT MIT FAHRMAUS
Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Freunde und Leser des „Funke“! Unterstützt eure Zeitung

BERLIN
KAMERA
DIE Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 16. Dezember:
Zwei russische Standardwerke
Der Mann, der das Gedächtnis verlor
m. Nikitin u. Samonowa / Regie: Fr. Ermler
Turksib
Die Symphonie eines Aufbaues
Von V. Turin und B. Balass
Anlaufzeiten: 18 17 19 und 21 Uhr

Neuerscheinung:
LEO TROTZKI Über Lenin
Material für einen Biographen.
Mit 8 Bildern. 172 Seiten.
Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2,— Mark.
Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereits einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich.
Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir — außer in LENINs eigenen Schriften — über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.
Inhalts-Verzeichnis:
Vorbemerkung — Vorwort.
LENIN und die alte „Iskra“.
Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsturz. — Brest-Litowsk. — Die Verjagung der Konstituierenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionäre. — LENIN auf der Tribüne. — Der Philister über den Revolutionär.
Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. — Ueber den Verwundeten. — Ueber den Kranken. — Der Tote.
Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW 19, Inselstraße 8a
Postcheckkonto: Berlin 818 42.